

Die "Grenzboten" erscheinen morgens und nachmittags, Donnerstags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 16 M. im voraus zahlbar. Für Vorkosten erziehen sämtliche Postanstalten Postämtern etc. Unter Straßenschildern liegen für Deutschland, Österreich, Ungarn, Dänzig, das Baltikum u. Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens u. Litauens 20 Pfg., für den übrigen Ausland 27 M. per Brief bez. für Deutschland u. Österreich-Ungarn 20 M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C2, Breite Straße 50b.

Die schlagzeilige Konparativtabelle über deren Raum kostet 6.- M. einschließlich Postzuschlag. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2.- M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Postzuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Befunde 3,75 M. netto pro Zeile. Stellen-Befunde in Wort-Anzeigen: das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.- M. Fernsprecher: Zentrum 152 30-152 39

Die Grenzboten

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Das Programm Lerchenfelds

Die bayrische Regierungsbildung

Das Diktat der Putschisten abgelehnt

Drahtmeldung unseres Korrespondenten

München, 22. September.

Der ganze Tag ist heute ausgefüllt mit Beratungen der Fraktionen und des interfraktionellen Ausschusses der Koalitionsparteien. Während nach der gestrigen Haltung der Mittelpartei (Deutschnationalen) anzunehmen war, daß diese nicht mehr darauf rechnen, in das neue Kabinett einzutreten, haben sie neuerdings ihre Bereitwilligkeit zur Teilnahme an der Regierung Lerchenfeld erklärt. Diese neue Haltung der Deutschnationalen hat zu einer ungeheuren Verwirrung und zu neuen Komplikationen geführt. Die Deutschnationalen stellen für ihren Eintritt in die Regierung sechs Bedingungen, worunter u. a. folgende sind:

1. Roth bleibt Justizminister;
2. Poehner bleibt Polizeipräsident und Staatskommissar;
3. der Weiterbestand des Ausnahmezustandes muß gesichert werden.

Innerhalb der Koalitionsparteien, insbesondere in der Bayerischen Volkspartei, gab es lebhafteste Meinungsverschiedenheiten über den Wiedereintritt der Deutschnationalen. Die Bauernbündler und Demokraten erklärten die Bedingungen der Deutschnationalen für unannehmbar, vor allem will man von der Wiederkehr des Justizministers Roth nichts wissen. Als dann aber der Ministerpräsident Lerchenfeld der Bayerischen Volkspartei erklärte, daß er unter keinen Umständen mit dem deutschnationalen Justizminister Roth ein Kabinett bilden könne, war auch diese Frage bei der Bayerischen Volkspartei geklärt.

Die Verhandlungen zogen sich bis 6 Uhr hinaus. Am 5 Uhr sollte bereits die Landtagsitzung eröffnet werden, in der sich das neue Kabinett vorstellen und Graf Lerchenfeld seine Programmrede halten sollte. Als die Sitzung eröffnet wurde, teilte der Präsident lediglich mit, daß der Fraktionsvorsitzende der Bayerischen Volkspartei, Abg. Feld, einen Krankenurlaub von vier Wochen genommen habe, und erteilte dann dem zweiten Vorsitzenden der Bayerischen Volkspartei, dem Abg. Stang, das Wort, der zur Geschäftsordnung beantragte, die Sitzung bis 1/9 Uhr zu vertagen. Da kein Widerspruch erfolgte, wurde die Sitzung unter kühnlicher Heiterkeit der Linken und der überfüllten Tribünen geschlossen.

Die Abend Sitzung

Drahtmeldung unseres Korrespondenten

München, 22. September.

Die Koalitionsparteien haben die Bedingungen der Deutschnationalen zum Regierungsantritt abgelehnt. Damit sind die Deutschnationalen endgültig aus der Regierungskoalition ausgeschieden. Die ursprünglich geplante Belegung des Justizministeriums mit dem früheren demokratischen Justizminister Müller-Reinigen wurde ebenfalls wieder fallen gelassen. (Müller-Reinigen hatte als Justizminister sich mit einer angeblich entdeckten Verschwörung in der Festungsanstalt Niederhörsheimfeld unsterblich blamiert.)

In der Abend Sitzung des Landtages, die um 1/9 Uhr begann, stellte sich das neue Ministerium vor. Ministerpräsident Graf Lerchenfeld übernahm sofort das Justizministerium; der bisherige Staatssekretär Dr. Schwener übernahm das Ministerium des Innern, die übrigen Minister der bisherigen Koalition verbleiben auch im neuen Kabinett. Ministerpräsident Graf Lerchenfeld hielt eine kurze Programmrede, in der er u. a. ausfuhrte, daß er die Grundlagen der bisherigen bayerischen Politik nicht verlassen werde. (Hört, hört! links.) Was Rahr für sein Vaterland bedeutet habe, darüber werde einst die Geschichte urteilen. (Sehr richtig! links.) Die Ruhe und Ordnung müssen aufrecht erhalten werden, und er werde mit allen verfügbaren Mitteln jeder Störung der staatlichen Ordnung entgegenzutreten, woher immer sie kommen möge. Besonders wichtig scheinen seine Ausführungen über das Verhältnis Bayerns zum Reich. Die Treue zum Reich stehe für ihn unverbrüchlich fest. Das Reich könne er sich aber auch nur föderativ vorstellen; ein übertriebener Unitarismus und Zentralismus widerstreite der Geschichte und den natürlichen Grundlagen des Reiches, die auf dem staatlichen Eigenleben der Länder beruhen. Die Interessen von Reich und Ländern erfordern die sorgfältige Pflege dieses staatlichen Eigenlebens, vor allem die Wahrung der nach der Reichsverfassung den Ländern zustehenden Rechte. Im Verkehr mit dem Reich werde er teils persönliches Einwirken mit den leitenden Reichsstellen unterhalten. (Bravo!) Er hoffe, damit Reibungen möglichst zu vermeiden und eine Atmosphäre gegenseitigen Vertrauens herzustellen. (Bravo!) Die Verhandlungen wegen der Beendigung des Ausnahmezustandes vom 2. August und wegen der Aufhebung des Ausnahme-

zustandes werden alsbald auf der Grundlage des Beschlusses des Räumigen Ausschusses vom 11. September wieder aufnehmen. (Dieser Beschluß wolle im Gegensatz zu Rahr der Aufhebung des Ausnahmezustandes näher treten, während Rahr der Aufhebung erst näher treten wolle, sobald es die Verhältnisse erlauben.) Seine Politik werde er leiten lassen vom Gedanken der sozialen Versöhnung. An die Linke richtete er die dringende Bitte, stets in persönlicher Fühlung mit ihm zusammenzuarbeiten. Seine Türe stehe jederzeit jedem offen ohne Unterschied der Partei.

Wenn Ministerpräsident Lerchenfeld in seiner Programmrede auch noch harte Konzessionen an den rechten Flügel der Bayerischen Volkspartei machen mußte und versicherte, daß er die Grundlagen der bisherigen Politik in Bayern nicht verlassen werde, so klang doch durch seine Ausführungen nicht mehr der kernaussage Ton von Herrn von Rahr. Seine Rede hatte eine versöhnliche Note, und man merkte, daß er gern schon anders gesprochen hätte, wenn die Situation für die Bayerische Volkspartei im Augenblick nicht so schwierig wäre. Vor allem ist zu hoffen, daß durch Lerchenfeld die Beziehungen Bayerns zum Reich eine Besserung erfahren werden. Im übrigen werden erst die Taten der neuen Regierung abzuwarten sein, um sich davon überzeugen zu können, was er mit seiner „Politik der sozialen Versöhnung“ meint.

Die politische Aussprache wurde auf nächsten Donnerstag, nachmittags 4 Uhr, vertagt.

Die Haftentlassung des Genossen Fischer abgelehnt!

Drahtmeldung unseres Korrespondenten

München, 22. September.

Im Geschäftsausschuss des bayerischen Landtages wurde heute der Antrag der U. S. P. auf sofortige Haftentlassung des Genossen Fischer für die Dauer der Landtagsatzung verhandelt. Die sozialistischen Parteien, Demokraten und Bauernbund stimmten zusammen für diesen Antrag, der mit 18 gegen 2 Stimmen der Bayerischen Volkspartei im Ausschuss angenommen wurde. Die Deutschnationalen hatten keine Vertretung im Ausschuss, da sie gerade eine wichtige Fraktionsbesprechung hatten.

In der Plenarsitzung wurde der Antrag mit den Stimmen der Bayerischen Volkspartei und der Deutschnationalen gegen die Stimmen der Sozialisten, Bauernbündler und Demokraten mit einer knappen Mehrheit abgelehnt. Die Bayerische Volkspartei hatte im Anschluß darauf hingewiesen, daß die Möglichkeit bestünde, den Abgeordneten Fischer auf dem Gnadenweg wieder in Freiheit zu setzen.

Wir erwarten, daß sofort alles geschieht, um den Genossen Fischer zu seinem Rechte zu verhelfen. Er darf nicht auf die Gnade irgendwelcher reaktionärer Elemente angewiesen sein. Nicht Genosse Fischer gehört ins Gefängnis, sondern diejenigen, die die Immunität eines Abgeordneten mit Füßen getreten haben und darüber hinaus dem Volke alle Rechte zu rauben trachten.

Graf Lerchenfeld kommt nach Berlin

DL. Berlin, 22. September.

Wie die „Dona“ aus informierter Quelle hört, trifft der neue bayerische Ministerpräsident Graf Lerchenfeld am Sonnabend in Berlin ein, um persönlich mit dem Reichskanzler Dr. Wirth und dem Reichsminister des Innern zu verhandeln. In unterrichteten Kreisen hofft man zuversichtlich, daß es gelingen wird, die Krise in den nächsten Tagen zu lösen.

Orgesch trumpft auf!

Der Polizeipräsident z. D. Liebermann hat an den Reichstagspräsidenten Loebe ein Schreiben gerichtet, in dem er sich gegen die „Anklagen“ verwahrt, die Loebe in einer Rede vor dem hiesigen sozialdemokratischen Verein gegen ihn vorgebracht hat. Er fordert den Reichstagspräsidenten auf, die ehrenkränkenden und anzutreffenden Anschuldigungen entweder öffentlich zurückzunehmen oder so zu begründen, daß die gemachten Vorwürfe klargelegt und ihre Grundlosigkeit nachgewiesen werden könne. Loebe hat in der Versammlung u. a. geäußert: „Die Republik darf sich nicht von ihren Beamten auf der Nase herumtanzen lassen, von ihren Richtern herausfordern und das Volksbewußtsein täglich verletzen lassen. Sie muß durchgreifen, schneller und energischer als es gegen Herrn Liebermann geschehen ist.“

Loebe stützte seine Anklage darauf, daß Liebermann mit der schließlichen Orgesch geheimen Verkehr unterhalten hat. Liebermann ist ja auch deshalb von seinem Posten entfernt worden. Aber die Orgeschleute scheinen Morgenlust zu wittern. Sie können sich das Aufzupumpen schon erlauben, denn es ist ja keine Behörde da, die ihnen zuleibe rückt.

Die französischen Kriegsverluste sind auf 1 325 000 Mann zu beziffern. Davon sind 674 700 im feindlichen Feuer getötet worden, 250 000 Mann sind ihren Verwundungen erlegen, 225 300 werden als im feindlichen Feuer getötet und vermisst angenommen, 175 000 sind an Krankheiten verstorben.

Zum Görlitzer Parteitag

Von Karl Kautsky

Noch sind die Verhandlungen des Kongresses der deutschen Mehrheitssozialisten nicht zu Ende. Aber was er bisher zutage gefördert hat, genügt, uns befürchten zu lassen, daß er nicht leistet, was er leisten konnte und sollte.

Wir konstatieren das nicht mit Schadenfreude, sondern mit Trauer. Denn damit wurde die große Wendung im proletarischen Klassenkampf Deutschlands, ja, der Internationalen, verpaßt, die von Görlitz hätte ausgehen können, wenn man sich der historischen Aufgabe besser bewußt gewesen wäre, die aus der politischen Situation erwuchs.

Diese Situation erheischte nach der Ermordung Erzbergers und nach der Rebellion der nationalistischen Münchener Regierung gegen das Reich die größte Geschlossenheit des Proletariats, der einzigen zuverlässigen und kraftvollen Schutzwehr der Republik. Bei der S. P. D. wie der U. S. P. machte denn auch der Einigungsantrag in den letzten Wochen überraschende Fortschritte. Görlitz war bestimmt, die Stimmung zu schaffen, die Stimmung allgemein und unwiderstehlich zu machen, deren es bedurfte, um den Gedanken der Einigung in die Tat umzusetzen. Die maßgebendsten Wortführer der Mehrheitssozialdemokratie in Görlitz haben nicht nur versäumt, das zu tun, sie haben das Gegenteil getan.

Um im Sinne der Einigung zu wirken, mußte man den Genossen der U. S. P. gegenüber den kameradschaftlichen Ton anschlagen, der gegenüber denjenigen am Nächsten ist, mit denen man als Mitkämpfer zusammenwirken will. Man mußte alles Mögliche an der Vergangenheit, alles Aufreißen alter Wunden vermeiden.

Eine Einigung vollzieht sich ja fast nie dadurch, daß der eine Teil den anderen in bezug auf die Streitpunkte überzeugt, die zur Spaltung führten, sondern dadurch, daß diese Streitpunkte aufhören, praktische Bedeutung zu haben. Ich kenne alte Lassalleaner, die bis in die letzten Jahre fortfuhrten, zu erklären, sie hätten den Eisenachern gegenüber Recht gehabt. Auf der anderen Seite wissen wir, mit welcher Haß Bebel bis zu seinem Lebensende der Persönlichkeit Schweigers gegenüberstand.

Aber als die beiden getrennten Parteien sich vereinigten, waren die Zankäpfel verschwunden. Schweigers Diktatur hatte aufgehört und die Streitfrage, ob Bismarck gegen Österreich und gegen die Liberalen zu unterstützen sei, war gegenstandslos geworden, denn Bismarck hatte beide überwunden, mit Österreich und dem größten Teil der Liberalen Frieden gemacht und den Kampf gegen die Sozialdemokraten beider Richtungen eröffnet.

So sind auch heute für S. P. D. und U. S. P. die Streitpunkte gegenstandslos geworden, die zur Spaltung führten, die Haltung im Kriege und die Haltung gegenüber Kossau. Sich gegenseitig das wirkliche oder vermeintliche Sündenregister der Vergangenheit vorzuwerfen, führt zu nichts, als zum Wachsen der Erbitterung und zum Verkennen der notwendigen gemeinsamen Aufgaben der Gegenwart.

Das hat man in Görlitz übersehen. Die geringschägige und verlebende Art, wie man dort von der U. S. P. sprach, konnte nicht anders wirken, wie ein absichtliches Verhindern der Einigung.

Weit wichtiger noch, als diese Provokationen, die man noch als Ungezogenheiten von Politikern, die ihre Worte nicht abwägen wissen, hingehen lassen mochte, wirkte die sachliche Entscheidung.

Bei aller taktischen Annäherung zwischen S. P. D. und U. S. P. bestand zwischen den beiden noch ein starkes trennendes Moment: Die Frage der Koalitionsregierung. Eine solche widerspricht so sehr dem Wesen des proletarischen Klassenkampfes, daß sich unter allen Umständen proletarische Massen nur ungern zu einer Koalitionspolitik verstehen. Bei dem linken Flügel der Sozialdemokratie, der sich dann als U. S. P. D. konstituierte, wurde diese Abneigung noch verstärkt, zuerst durch die Burgfriedenspolitik während des Krieges und nach dem Zusammenbruch durch die Ueberzeugung, die Koalition sei ein Mittel, die Gewinnung der Alleinherrschaft des Proletariats durch die Revolution zu hindern.

Heute ist die Situation eine wesentlich andere. Das praktische Problem der Gegenwart ist jetzt leider nicht die Alternative, ob Koalition oder proletarische Alleinherrschaft durch erneute Revolution, sondern ob eine Koalition, in der proletarische Parteien etwas zu sagen haben, oder die Alleinherrschaft der schlimmsten Feinde des Proletariats und der Verlust aller Errungenschaften der letzten Revolution.

In dieser Situation begann auch in den unabhängigen Reihen die Unversöhnlichkeit gegenüber dem Koalitionsantrag abzubrühen. Man unterstützte das Kabinett Wirth, begünstigte den Eintritt von Sozialdemokraten in ein Koalitionsministerium in Preußen und begann in manchen Parteigruppen sogar den Eintritt der eigenen Partei in eine Koalition zu diskutieren.

In Görlitz galt es, diese Entwicklung zu fördern. Dies konnte nur dadurch geschehen, daß man an der bestehenden Form der Koalition unter der Führung Wirths festhielt.

— der bisher einwandfreiesten und sympathischsten Form der Koalition — soweit man gegenüber einer Einigung von Einwandfreiheit und Sympathie sprechen kann, die doch nur als das kleinere unter mehreren großen Übeln für uns in Betracht kommt.

Statt dessen haben die Leiter des Parteiapparats in Görlich den Parteitag mit einem neuen, völlig unerwarteten Schachzug überrumpelt und dafür auch die große Mehrheit gewonnen, der den Weg zur Koalition in ihrer abstoßendsten Form eröffnet, einer Form, der bis zum Parteitag selbst der großen Mehrheit der Rechtssozialisten als unannehmbar galt.

Ob man sich wirklich in dieser Weise koalieren will oder nicht, die bloße Ankündigung der Koalition muß das Kabinett Wirth nach außen, wie nach innen schmähen, was gerade jetzt sehr verhängnisvoll werden kann. Und der Görlicher Beschluß präsentiert den Koalitionsgedanken in einer Form, in der er den geschlossenen Widerstand der U. S. P. finden wird.

Der Görlicher Beschluß hat die sich anbahnende Einigung wenn auch nicht geradezu erschlagen, so doch sicher für geraume Zeit ins Stocken gebracht.

Ich habe es sehr bedauert, als zur Zeit des Rapp-Bußches meine unabhängigen Freunde die Hand von sich wiesen, die die Mehrheitssozialdemokratie ihnen damals zu gemeinsamem Handeln entgegenstreckte. Um so mehr bedaure ich jetzt den noch größeren Fehler von Görlich, wo man die Wahl hatte, sich mit den Volksparteilern oder den Unabhängigen zu koalieren und die ersten vorzuziehen.

Die Sache wird nicht besser durch den Charakter des neuen Parteiprogramms. Zur Stunde, wo ich diese Zeilen schreibe, liegt mir noch keine letzte Fassung vor. Aber wie immer sie lauten mag, sie wird stets beinträchtigt werden durch das, was das wissenschaftliche Haupt der Mehrheitssozialdemokratie, Cunow, in der „Neuen Zeit“ über das Programm schrieb. Er bezeichnet dort den Begriff des Klassenkampfes als falsch, denn die Tendenz der Entwicklung gehe einmal dahin, daß sich das Proletariat in verschiedene einander bekämpfende Parteien spalte, und dann dahin, daß sich der Sozialdemokratie immer mehr Schichten anschließen, die nicht der Arbeiterklasse angehören.

Cunow betrachtet also die Spaltung nicht als eine vorübergehende, sondern als eine unvermeidliche Erscheinung. Bis zum Kriegsausbruch ging indes die Entwicklung allgemein in der Richtung nicht der Spaltung, sondern der Vereinigung der in ihren Anfängen gespaltenen sozialistischen Parteien. Erst der Krieg mit seinen Nachwirkungen hat die meisten Spaltungen gebracht, es ist aber in diesen wie in anderen Punkten sinnlos, die Abnormitäten des Krieges als neue normale gesellschaftliche Gesetze zu betrachten.

Die Cunowsche Theorie, daß die Entwicklung auf fortschreitende Spaltung des Proletariats hinausläuft, ist direkter Parteiverderber.

Der Zug von Schichten, die nicht zur Arbeiterklasse gehören, beruht aber auf einer optischen Täuschung. Schon vor dem Kriege hat man um solche geworben, stets ohne Erfolg. Siehe die bisherigen Ergebnisse der Bauernagitation.

Der Zug von neuen Schichten nach dem Kriege und seit der Revolution umfaßt fast nur solche Elemente, die tatsächlich Arbeiter ohne den Besitz ihrer Produktionsmittel sind, Lohnarbeiter, die sich aber bisher zur Bourgeoisie rechneten, Angestellte und Beamte. Der Krieg hat ihre Lebenshaltung proletarisiert, die Revolution hat sie zu proletarischem Denken gebracht. Deshalb und nicht als Schichten, die „außerhalb der Arbeiterklasse stehen“, kommen sie zu den sozialistischen Parteien. Die Aufgabe, die sie uns stellen, ist nicht die, den Klassenkampf abzuschwächen, sondern die, sie in den Klassenkampf einzureihen.

Noch schlimmer als die Ablehnung des Klassenkampfes ist aber schließlich die Art, wie Cunow die Einigung des Ausdrucks in das Programm doch akzeptiert. Er meint, die Mehrheit der Genossen will von dem Wort nicht lassen, so wollen wir ihnen das Vergnügen machen und es in das Programm hineinziehen. Das würde an der praktischen Politik nichts ändern, die vom Klassenkampf wegführt. Cunow ist also bereit, in Worten den Forderungen der Mehrheit zu entsprechen, aber die Praxis der Partei in Gegensatz zu diesen Forderungen zu gestalten.

Eine nette Parteimoral des Parteitheoretikers.

Leider hat Mollenhuth in seinem Parteitagreferat über das Programm diese zweideutige Haltung nicht zurückgewiesen, soweit man nach dem veröffentlichten Bericht urteilen kann, sondern indirekt sogar unterstützt, indem er darauf hinwies, daß Marx im Statut der „Internationalen“ selbst nicht das Wort „Klassenkampf“ gebrauchte.

Das ist richtig. Das Wort war damals noch nicht so allgemein üblich wie heute, in England hätte man es kaum verwendet.

Der Begriff des Klassenkampfes ist aber im Statut nicht nur enthalten, sondern an die Spitze gestellt. Es beginnt mit der Konstatierung,

„daß die Emancipation der Arbeiterklasse durch die Arbeiterklasse selbst erobert werden muß“.

Wie das geschehen kann ohne den Kampf der Arbeiterklasse, mögen die Gelehrten der „Neuen Zeit“ entscheiden. Die Ablehnung des Klassenkampfes der Partei ist eine weit ernsthaftere Sache als die Koalitionspolitik. Diese ist stets etwas Vorübergehendes und um so ungefährlicher, je ausgeprägter der Klassencharakter der Partei.

Sucht man dagegen diese selbst in eine Koalition zu verwandeln, so gewährt man Elementen, die nur bestimmte Interessen mit dem Proletariat gemein haben und nur in bestimmten Situationen mit ihm zusammengehen können, unter allen Umständen Einfluß auf alle seine Bestrebungen. Das muß die Sozialdemokratie zu einer ebenso haltlosen und charakterlosen Partei machen, wie etwa die Nationalliberalen, heute Volkspartei, geworden sind.

Indem die Programmdiskussion diese Tendenz in der U. S. P. enthüllte, hat sie der Sache der Einigung auch nicht genügt.

Aber, wie schon bemerkt, damit ist die Einigung noch nicht erschlagen. Sie ist eine historische Notwendigkeit geworden, und daher wird sie sich durchsetzen. Die Entwicklung geht nicht in der Richtung, wie Cunows Erismarxismus meint, die Klassengegenseitigkeit verschärfen sich, und daher werden auch die Massen der U. S. P. den Klassencharakter ihrer Partei trotz ihrer führenden Theoretiker immer mehr betonen. Dabei wird die Situation selbst trotz des Widerstrebens einzelner Führer, die von der Einigung eine Verminderung ihres Einflusses fürchten, immer mehr gemeinsame Aktionen

der getrennten Parteien erzwingen, und so wird sich die Einigung schließlich durchsetzen, trotz alledem.

Je doch leider nicht so schnell, wie im Interesse stärkster proletarischer Machterhaltung zu wünschen wäre. Es scheint Elemente zu geben, die zur Einigung geprügelt werden müssen. Die bisherigen Hiebe, die die Reaktion ansteifte, genügen ihnen offenbar noch nicht.

Der Parteitag der Mittelmäßigkeit

Einem Briefe von W. St. in der rechtssozialistischen „Sozialistischen Korrespondenz“ entnehmen wir folgende Punkte über den Görlicher Parteitag:

Es gibt drei Gruppen in der Sozialdemokratie, soweit ihr Verhältnis zur Deutschen Volkspartei in Frage kommt. Die eine Gruppe sagt: nie mit Sinnes! Die zweite Gruppe erklärt: sofort mit Sinnes! Die dritte Gruppe betont: später — vielleicht, wenn die Deutsche Volkspartei auf dem Wege nach Damaskus ist. Die zweite Gruppe ist jetzt drauf und dran, sich durchzusetzen.

Die Tür für die Deutsche Volkspartei ist offen. Die Bedingungen für den Eintritt durch diese Tür? Werden angenommen werden. Lippenbekenntnis. Heute noch ein Lippenbekenntnis. Das Entgegenkommen in Görlich hat den Prozeß der Klärung in der Deutschen Volkspartei echemmt. Ja, aber es ist jetzt keine Zeit, diesen Prozeß abzuwarten! Warum nicht? Im Bürgertum lernt man immer erst dann etwas dazu, wenn das Feuer auf die Nägel brennt. So war es im Kal. Im Gedränge der Entwicklung hätte die Deutsche Volkspartei noch etwas dazu gelernt. Görlich — weniger die bekannte Resolution als das Drumherum um diese Resolution — macht es der Deutschen Volkspartei leicht.

Die Löwen des Parteitages erklärten: warum so viel Angst? Wir gehen in die Regierungen hinein und werden die Sache schon schaffen. Recht nett hört sich das an. Wir finden aber, daß es kein Kunststück ist, den Tapisern zu spielen, wenn man den Wölfen nicht zu Leibe gehen will. „Die Demokratisierung der Verwaltung“ — so erklärt Otto Braun — „ist nicht nötig durch die Entlassung alter und Einstellung neuer Beamter. Dafür fehlt es uns an Kräften. Es kommt; darauf an, die vorhandenen Beamten unzufrieden, wie wir uns umgesehen haben. Sie müssen der Republik genau so dienen, wie früher der Monarchie. Die Umstellung kann nicht von heute auf morgen erfolgen, denn diese Beamten sind in einer langen monarchistischen Tradition erzogen.“ O Glaube, groß und schön! Wir teilen diesen Glauben an die Belehrung dieser alten verdorbenen Sünden in den Amtsstuben nicht. Man gleißt keinen neuen Wein in alte Schläuche. Ja, es ist bitter, wenn es uns an Kräften fehlt. Schade, daß das alte System es nicht zuließ, daß ein Sozialdemokrat Beamter wurde. Bitter, daß die Sozialdemokratie diese Sünde des alten Systems büßen muß. Die Proletarier werden halt immer hinterdran bleiben müssen und wir fürchten, daß auch in 10 Jahren in der Hauptache die Bureaukratie aus Leuten sich rekrutiert, die mehr den Leuten mit „blauem Blut“ als den Männern mit „blauen Nägeln“ verwandt sind.

Aber die Republik ist doch bedroht, und die „legalen Waffen“ müssen wir in der Hand haben! Jamos gesagt. Nur haben diese „legalen Waffen“ beim Rapp-Bußch jämmerlich verlagert, und sie werden auch das nächstemal, wenn es wieder bräutig wird, versagen, wenn nicht die illegalen Waffen der Arbeiter zur Stelle sind. Das sind ja unbestreitbare Tatsachen und sogar — alle Kamellen.

Görlich ist eine Freude des Bürgerturns. Auch eine Freude der Arbeiterschaft? Keiner, solch eine Frage zu stellen. Wir können es nicht verschweigen, daß wir von dem Parlament, in welchem Scheidemann den Armen zurief: Kommt alle her zur Sozialdemokratie! — von dem Parlament der Arbeiter und Proletarier tieferes und stärkeres an Herz und Geist erwarteten. Wie war der Gesamteindruck auf den Zuschauer bei der Eröffnung der Tagung? Ablehnung, Haltung? „Gut bürgerlich“, berichtet die bürgerliche Presse. Aber nicht nur Kopf und Hand zeigten bürgerlichen Schnitt, auch viele Gedanken. Die „Mitte“ ist Mode, die — es ist kein Scherz — in Bayern sogar bis zu den Deutschnationalen reicht. Die „Mitte“ ist Ruhe, Ordnung und Sicherheit, das wußte schon der alte Horaz, der Dichter der Epochen. „Medio vivamus bis“, auf deutsch: „Welt und Zeit, dein Schoßkind ist die Mittelmäßigkeit.“

Die Verhandlungen vom Donnerstag

Drahtmeldung unseres Korrespondenten
Görlich, 22. September.

Die Einigungsanträge sind am Dienstag durch die Annahme des Antrags Vogel (Nürnberg) erledigt worden, der eine einige proletarische Partei anstreben will, alle Zeichen einer Wiederannäherung bezeugt und die Teilbreiten kommunistischer Gewalttätigkeit gegen die Einigkeit als Verbrechen darstellt. Bis zu einer etwaigen organisatorischen Wiedervereinigung müßte die sozialdemokratische Partei ihre volle taktische und organisatorische Selbstständigkeit wahren. Durch diese lauwarme Entschliebung sind alle übrigen, sehr zahlreichen Einigungsanträge ohne eingehende Debatte lang und langlos erledigt worden. Es ist bezeichnend, daß viele Teilnehmer und Journalisten den Vorgang überhaupt nicht bemerkt hatten.

Die Diskussion über den Fraktionsbericht geht Donnerstag vormittag ohne besondere parteipolitische Momente weiter und wird nach einer Rede Bernsteins, die die Erfassung der Geldwerte als die Vorbedingung für die Besserung der Valuta und der internationalen wirtschaftlichen Beziehungen fordert, geschlossen. Hochs Schlusswort war angelehnt an die Verhältnisse von einem etwas übertrahenden Optimismus getragen. So schloß er aus der Tatsache, daß kaum einer der Redner auf seine Prognose von der Gefährdung der Koalition durch die Zulassung des wirtschaftlichen Notstandes und der Steuerfragen eingegangen ist, freilich, daß niemand dagegen etwas einzuwenden habe. Es scheint vielmehr, daß der Gedanke fester ist, man werde dieser Gefahr durch Nachgeben in der Steuerfrage um, begegnen. Keil ist sich in seinem Schlusswort mit dem Antrag Loeb (Frankfurt a. M.) auseinandersetzt, der die Forderung der schwebenden Schuld und die Unlösbarkeit der Anteile des Reiches an den Sachwerten fordert. Er stellt diesen Antrag als unüberlegt und unangemessen hin.

Es findet sodann eine umfangreiche Abstimmung über die vielen vorliegenden Anträge statt, die zum Teil unter großer Interessiertheit vor sich gehen. Die Resolution Kells zur Steuerfrage, Nachdruck zur Justizfrage und Schindits zur Ernährungsfrage werden unverändert einstimmig angenommen. Änderungsanträge werden samt und sonders abgelehnt. Aus der Schlussrede Hochs ist noch hervorzuheben, daß auch er die Forderung der Wahl der Richter durch das Volk preisgibt. Er meint, sie sei nur für normale Zeiten annehmbar gewesen, heute aber müsse die Justizreform auf andere Weise durchgeführt werden.

Nach der langandauernden Abstimmung nimmt Hermann Müller (Franken) das Wort zum Referat über die Wirkungen des Versailles Vertrages auf die inländische und ausländische Politik. Im Anfang erklärt er, daß die Kombination der Berliner Presse vom Donnerstag morgen, wonach schon vor dem Görlicher Parteitag ein Abkommen mit der Sozialdemokratie dahin getroffen worden sei, daß der Reichstagstag Wirth fallen gelassen und die Regierung zusammengelassen werde aus drei Sozialdemokraten, drei Zentrumslenten, zwei Demokraten und zwei Volksparteilern, und daß die Sozialdemokratie den Kanzler stellen werde,

wogegen sie den Reichstagspräsidenten an das Zentrum abgebe, Wort für Wort unwahr sei. Die Sozialdemokratie habe nicht den Wunsch für die Verdrückung der Regierungsbürokratie gehabt und habe auch jetzt kein dringendes Bedürfnis in dieser Hinsicht. Die Berliner Presse soll sich lieber mit der Frage beschäftigen: Was wird der Reichstag tun? Das sei jetzt die entscheidende Frage.

Zum eigentlichen Thema übergehend erklärte Müller, die Voraussetzung des Amerikaners Kennes, daß Ende 1922 der Bankrott Deutschlands eintreten müsse, wenn es die Bedingungen des Ultimatums erfülle, auch von der Sozialdemokratie als richtig anerkannt werde. Es handelte sich vorläufig nur um eine Atempause für Deutschland. Trotzdem müsse die deutsche Politik darauf gerichtet sein, die Bedingungen des Ultimatums nach Möglichkeit zu erfüllen, denn die Entente werde sich nicht durch Rücknahme auf den kommenden Bankrott beeinflussen lassen. Deutschland dürfe auch nicht spekulieren auf die Uneinigkeit der Entente, denn solange in Deutschland noch irgend etwas zu holen sei, würden sich die Gegner immer wieder einigen. Er polemisiert heftig gegen Helfferich, der den Arbeitswillen der deutschen Arbeiter verdächtigt habe und erklärt dann weiter, daß die Entscheidung über Ober- und Untertanen in Kürze unbedingt notwendig sei.

Ein vorbildlicher Staatsanwalt

Strafverfahren gegen den Genossen Fleißner
Aus Dresden wird gemeldet:

Von Seiten der Dresdener Staatsanwaltschaft ist jetzt gegen den hiesigen Kultusminister Fleißner auf Grund des § 110 des Strafgesetzbuches ein Strafverfahren anhängig gemacht worden. Es haben bereits Zeugenvernehmungen stattgefunden. Fleißner wird beschuldigt, in einer Versammlung, die am 26. August in Dresden stattfand, und über die wir berichtet haben, seine Zuhörer öffentlich zur Anwendung von Gewalt aufgefordert zu haben, um den bürgerlichen Staat zu zerstören.

Genosse Fleißner hat vor einigen Wochen in einer Versammlung das Problem der Gewaltanwendung im Befreiungskampf der Arbeiter theoretisch behandelt. Ein Spikheil hat daraus eine „Aufforderung zur Gewaltanwendung“ gemacht. Die bürgerliche Presse in ganz Deutschland schmollte ihren Lesern dieses „große Ereignis“ vor, und nun findet sich auch ein Staatsanwalt, für den der Wädhann eines Spikheils Grund genug ist, ein Strafverfahren gegen den Genossen Fleißner einzuleiten.

Es wird mit einer großen Blamage enden. Wenn der Staatsanwalt dafür Sinn hat, so ist das Geldmachsache. Wir möchten aber ihm und seinesgleichen dringend raten, die Zeit, die gut bezahlt wird, für wichtigere Dinge zu verwenden. Was hat der Dresdener Staatsanwalt, um nur ein Beispiel anzuführen, bisher gegen die monarchistischen Verchwörerorganisationen unternommen, die auch in Dresden ihre Wählerarbeiten betreiben, was hat er getan, um die Bildung bewaffneter Haufen für Gefassen zu verhindern, die auch von Dresden aus sehr eifrig betrieben wird? Reden Sie, Herr Staatsanwalt! Wir leben in einer Republik. Wer monarchistische Verschwörungen durch Unterstellung einer Strafverfolgung begünstigt, macht sich einer groben Pflichtverletzung schuldig und muß schnell davon gejagt werden.

Zur Regierungsbildung in Thüringen

Im Anschluß an die Resolution des Görlicher Parteitages schreibt das rechtssozialistische Organ „Das Volk“ in Jena, unter deutlicher Ablehnung des Parteitagsbeschlusses:

„Parteitagsbeschlüsse sind keine Dogmen. Und auch dieser Beschluß läßt natürlich den Handlungen und Bedürfnissen der Thüringer Partei den nötigen Spielraum. Wo eine sozialistische Parlamentariermehrheit besteht, wie in Thüringen, braucht man sich um eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei oder einer anderen rechtsstehenden Partei wenig Sorge zu machen; für diese Länder ist die jetzt angenommene Entschliebung über Koalitionspolitik ohne Einfluß und Bedeutung. Diejenigen Kreise innerhalb und außerhalb der Partei, die etwa glauben sollten, diese Entschliebung schematisch auf alle Verhältnisse, auch auf Thüringen, nun anwenden zu können, dürften sich von vornherein sehr im Irrtum befinden. Die Thüringer Sozialdemokratie lehnt in ihrer übergroßen Mehrheit eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei und anderen rechtsstehenden Parteien, die sogenannte „Politik der Mitte“, als undiskutabel ab.“

Diese Stellungnahme des Jenaer Organs bedeutet eine scharfe Abgabe an die Koalitionspolitik der Parteitagsmehrheit. Den Standpunkt unserer Partei haben wir gestern in der Rundgebung unserer Thüringer Genossen wiedergegeben.

Aus der Spikheilkoale der KPD.

Ein Kommunistenführer als Unternehmerföhdling
Drahtmeldung unseres Korrespondenten

Bremen, 22. September.

Seit mehr als fünf Wochen steht die Arbeiterschaft der U. S. Weier im Streik, da die Direktion die drei Betriebsratsmitglieder an der Ausübung ihrer gesetzlichen Befugnisse verhindert. Die Direktion der Weier, auf der die Bremer Kommunisten ihren größten Anhang haben, verfuhr mit allen Mitteln, die Einheitsfront der Streikenden zu durchbrechen. Erst in der vorigen Woche wurde in der Streikleitung ein Kommunist entlassen, der der Direktion Spikheil die Kette gelockert hatte. Sonntag und Montag dieser Woche wurde in der Stadt ein anonymes Flugblatt vordruckt, das wüste Beschimpfungen gegen die Führer der streikenden Arbeiter und die Aufforderung enthielt, so schnell wie möglich den Streik abzugeben. Es stand fest, daß dieses Flugblatt ein Werk von Unternehmerteile war. Heute ist auch der Verfasser dieses elenden Spikheilwerkes entlarvt worden. Es ist der Bezirksleiter der K. P. D., Bezirk Nordwest, der Fraktionsvorsitzende der Bremer Bürgerfraktion der K. P. D. und der verantwortliche Redakteur der „Roten Fahne“ Nordwest, Banastewler. Der Mann ist von dem Direktor der U. S. Weier-Weier best. worden und hat in dessen Auftrag nicht nur dieses Flugblatt, sondern noch ein weiteres Pamphlet gegen die streikenden Werksarbeiter verfaßt. Er ist bereits aus Bremen geflohen und ist heute von der K. P. D. ausgeschlossen worden.

Heute morgen besahe sich eine Versammlung der streikenden Arbeiter mit der Frage der Fortsetzung des Streiks. Sie beschloß mit Mehrheit, den Streik solange fortzusetzen, bis die Direktion den Arbeitern ausreichende Abfindungen für die Wiederaufnahme der Arbeit gemacht hat. Die Erregung über den Verrat des Kommunistenführers war unter der Arbeiterschaft angehauer groß.

Das Garantiekomitee in Berlin. Wie die U. S. P. berichtet, trifft das Garantiekomitee am Freitag nachmittag aus Paris in Berlin ein. Die Verhandlungen zwischen ihm und den deutschen Stellen werden voraussichtlich anfang nächster Woche beginnen. Die Verhandlungsgegenstände stehen vorläufig noch fest.

Das Explosionsunglück von Oppau

Die Hilfsmaßnahmen

Berlin, 22. September.

Der Reichskanzler Dr. Wirth hat heute an den bayerischen Ministerpräsidenten ein Telegramm gerichtet, in dem er Namens der Reichsregierung die Bildung eines Hilfskomitees zur Verringerung der durch das Oppauer Unglück entstandenen Schäden vorschlägt; in dem Komitee sollen auch die bayerische, badische und hessische Regierung entsprechend vertreten sein. Von diesem Vorschlag der Reichsregierung wurde zugleich der badische Staatspräsident und der hessische Ministerpräsident verständigt. Falls, wie zu erwarten ist, die befragten süddeutschen Regierungen einverstanden sind, bittet die Reichsregierung die bayerische, badische und hessische Regierung zu einer weiteren Besprechung Vertreter auf Sonnabend, den 24. September, nach Berlin zu jenden, wo vormittags 10 Uhr im Reichsarbeitsministerium die erste Sitzung des vorgeschlagenen Komitees stattfinden würde.

Reichskanzler Dr. Wirth hat an den bayerischen Ministerpräsidenten Grafen Verhagen in München nachstehendes Telegramm gerichtet:

Zur Verringerung der Not der durch das Oppauer Unglück Betroffenen werden von der Reichsregierung 10 Millionen Mark bei Reichsrat und Reichstag angefordert werden. Die Reichsregierung ist bereit, der bayerischen Staatsregierung sofort im Voraus die Beträge zur Verfügung zu stellen. Die Verteilung der Gelder wird der bayerischen Staatsregierung im Benehmen mit der badischen Regierung überlassen. Namens der Reichsregierung darf ich der Hoffnung Ausdruck geben, daß dieser Betrag die Hilfsaktion wesentlich fördern möge.

Der Reichspräsident hat aus seinem Dispositionsfonds den Betrag von 250 000 Mark dem Hilfswerk für die Opfer der Katastrophe in Oppau überwiesen.

Der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns begab sich als Vertreter der Reichsregierung an den Schauplatz des Oppauer Explosionsunglücks, um mit den bayerischen Regierungsstellen über die Organisation einer Hilfsaktion zu beraten. Diese Hilfsaktion soll sofort in Tätigkeit treten. Weitere Mitteilungen über die eingeleiteten Maßnahmen werden ergehen.

Das Gesamtministerium des Freistaates Sachsen beschloß in einer Sondersitzung der badischen und der bayerischen Regierung die Teilnahme des sächsischen Volkes an dem schweren Explosionsunglück in Oppau telegraphisch zu übermitteln. Gleichzeitig stellte der Ministerpräsident den Opfern des Unglücks aus seinem Dispositionsfonds 10 000 Mark zur Verfügung.

Warnung vor übertriebenen Meldungen

Ludwigshafen, 22. September.

Die Direktion der Badischen Anilin- und Sodafabrik teilt mit: Leider müssen wir die Wahrnehmung machen, daß die Explosionskatastrophe, von der unser Oppauer Werk heimgesucht wurde und

die schieds schwer genug ist, in der Presse vielfach stark übertrieben wird. Um der schon zu kurz in Mitleidenschaft gezogenen Bevölkerung unnötige weitere Aufregung zu ersparen, richten wir an die Presse die dringende Bitte, nur verlässige Tatsachen mitzuteilen und von der Weitergabe der im Umlauf befindlichen, zahlreichen unkontrollierbaren Gerüchte abzusehen. Wie gestern, so werden wir auch weiter jeweils Nachrichten geben, sobald die Untersuchungsurteile und die Wirkungen der Explosion tatsächlich festgestellt sind, was bei der Größe und dem Umfang der Katastrophe noch einige Zeit in Anspruch nehmen wird. Nach den uns bis gestern abend zugegangenen Nachrichten sind bis jetzt insgesamt 24 Tote zu beklagen. Mit einer weiteren Erhöhung der Zahl der Toten und Verwundeten ist zu rechnen, zumal etwa 70 Verletzte nicht in ärztliche Behandlung gelangt sind. Die eigentlichen Fabrikationsanlagen sind verhältnismäßig wenig beschädigt. Wir hoffen daher, daß die Herstellung von Ammoniakwasser schon in einigen Monaten wieder aufgenommen werden kann. In den Betrieben in Ludwigshafen laufen die Betriebe ungehindert.

Befürchtungen der Arbeiterschaft

Der „Frankfurter Zeitung“ wird aus Ludwigshafen gemeldet: In den Arbeiterkreisen von Ludwigshafen und der ganzen Umgegend befürchtet man neben den anderen üblen Erscheinungen der Katastrophe, daß sie auch größere Arbeitslosigkeit mit sich bringen könnte, was um so schwerer empfunden würde, als gerade in diesen Tagen die Neueinstellung von 2000 Arbeitern erfolgen sollte. In den betroffenen Orten selbst haben sich bereits Hilfsausschüsse gebildet, so vor allem in Ludwigshafen, Frankenthal, Oppau und Eibelheim. Man will vor allen Dingen so schnell wie möglich Baumaterial, Fenstereisen usw. zu billigen Preisen beschaffen. Die Regierungen werden die Hilfsausschüsse in jeder Weise unterstützen. Auch die privaten Sammlungen haben bereits begonnen. Infolge der Wohnungsnot und der Besetzung Ludwigshafens ist es außerordentlich schwierig, die Obdachlosen unterzubringen.

Das Beileid des Auslands

Der Reichsregierung sind von einer großen Anzahl ausländischer Regierungen Beweise der Teilnahme zugegangen. Hauptsächlich in Berlin anwesende fremde Diplomaten sprachen zu diesem Zweck auf dem Auswärtigen Amt vor. Einer der ersten war der französische Geschäftsträger, der auch beauftragt ist, dem Reichskanzler das Beileid des Ministerpräsidenten Briand und des Ministerpräsidenten zu übermitteln.

Die internationalisierte Rheinlandkommission ließ dem Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete eine Note zugehen, in der sie ihn bittet, anlässlich der furchtbaren Katastrophe in Oppau der Reichsregierung, der bayerischen Regierung und der so hart betroffenen Bevölkerung den Ausdruck wärmster Anteilnahme zu übermitteln.

Bon Stuttgart nach Jena

Kater dieser Ueberricht brachte mir in der letzten Dienstadt-Konferenz eine Kritik über die verfallene Tagung des Metallarbeiter-Verbandes in Jena. Dazu wird von einem Parteigenossen aus dem Deutschen Metallarbeiter-Verband geschrieben:

Der letzte Teil des genannten Artikels in der „Freiheit“ behandelt die strittige Frage der Arbeitsgemeinschaften, nimmt Bezug auf die in Jena angenommene Resolution und sagt anschließend daran Folgendes:

Sie (die Resolution) ist in jeder Beziehung ein echtes Kompromißprodukt, ein Ergebnis jener seit Stuttgart in jeder Beziehung völlig veränderten Umstände. Manches an ihr mißfällt uns, und wir sind fest der Meinung, daß es unfernen in Jena vertretenen Genossen möglich gewesen wäre, sie in vielen Punkten zu verbessern, wenn sie von dem moralischen Gewicht, das wir ihnen oben zuschreiben konnten, reichlicher Gebrauch gemacht hätten. Aber nun ist die Resolution Beschluß geworden — aber, wir müssen es wiederholen, sie trägt die Zeichen des Kompromisses offenkundig zur Schau. Und das ist geeignet, Mißtrauen nicht nur bei uns, sondern bei der gesamten Arbeiterschaft zu erregen.

Diese Stellung unseres Parteiorgans ist falsch und läßt eine objektive Würdigung der Stellung unserer Parteigenossen in Jena leider allzusehr vermissen.

Wie lagen die Verhältnisse? Die Delegierten der S. P. D. hatten allein die absolute Mehrheit (105 von insgesamt 780) und ihre Vorkämpfer, voran Haas-Rön, ließen von vornherein keinen Zweifel darüber, daß sie von ihrer Mehrheit einen „entsprechenden Gebrauch“ machen würden. Die U. S. P. zählte ein Drittel (200) der Delegierten. Wenn sich die Kommunisten (114 Delegierte) bei der ersten Kraftprobe am Vormittag des zweiten Kongrestages mit der S. P. D. zusammenfanden, so war dies kein Zufall. Ihre offensichtliche Parole war: „Nieder mit den Dömmern, Befreiung jeden Einflusses der U. S. P. innerhalb der leitenden Organe der Organisation, lieber eine Zeitung der S. P. D. als der U. S. P.“ Das hatten ihre Organe ja schon vor dem Verbandstag offen ausgesprochen.

Gewiß konnten wir in Jena ein großes moralisches Gewicht in die Waagschale werfen. Erstreckungswiese! Hätten wir das nicht getan, und wäre dieses moralische Gewicht nicht noch durch die Verhandlungen in Jena selbst erhöht worden — siehe u. a. Referat und Schlusswort des Genossen Dömmann wie die Reden unserer Diskussionsredner! — so wäre wahrlich der Abschluß in Jena ein wesentlich anderer und für uns wie für die Gesamtbewegung ein wesentlich schlechterer gewesen.

Die Parole Haas und Genossen war: Mehrheit ist Mehrheit! Davon wichen sie nicht ab, trotz der gewichtigsten und durchschlagendsten Gegenargumente. Das haben die tagelangen und erschöpfenden Verhandlungen beider Fraktionen zur Genüge ergeben. Welch unendliche Mühe hat es gekostet, die Ansprüche von Haas und Genossen auch nur einigermaßen auf ein leidlich erträgliches Maß zurückzuführen. Was wäre geworden, wenn ein Zusammenarbeiten der Kollegen der U. S. P. und der S. P. D. völlig gescheitert wäre? Kein Zweifel, daß dann die Organisation den schwersten Erschütterungen und Schäden ausgesetzt worden wäre, zum Nachteil der Arbeiterklasse. Dies, wenn irgend möglich zu verhüten, betrachteten die U. S. P.-Kollegen als ihre Pflicht.

Es ist richtig, die angenommene Resolution ist die eines Kompromisses. Die drei ersten Absätze sind der Resolution der U. S. P. entnommen, die drei folgenden Absätze der S. P. D., an denen einige Abänderungen vorgenommen wurden und wozu ein Zusatzantrag der U. S. P. Aufnahme fand. Wenn die „Freiheit“ Redaktion bezüglich des Abschlusses „Ausnutzung jeder Möglichkeit zur Förderung der Interessen der Metallarbeiter“ — an sich eine Selbstverständlichkeit — Besorgnisse äußert und dabei auch auf die Arbeitsgemeinschaften hinweist, so ist ihr gegenüber wiederholt, was Genosse Dömmann bereits in Jena erklärte:

„Weder die Antragsteller der Resolution, noch irgendeine Seite des Verbandstages hat beantragt, den Arbeitsgemeinschaften beizutreten. Arbeitsgemeinschaften, wie sie 1918 gegründet wurden, lehnen wir ab. Das hat auch bereits der Vorstand (der sich in seinem Geschäftsbericht auf die Beschlüsse des Stuttgarter Verbandstages stützte) klar zum Ausdruck gebracht. Nehmen wir den kommunalistischen Zusatzantrag als ein durchsichtiges Agitationsmandat ab, so hat niemand das Recht, uns nachträglich zu beklagen, daß wir Arbeitsgemeinschaften angehöben.“

Dieser Erklärung des Genossen Dömmann wurde in Jena von keiner Seite widersprochen.

Wenn die „Freiheit“-Redaktion nicht nur ihr eigenes Mißtrauen betont, sondern das der gesamten Arbeiterschaft herausfordert, so haben unsere Genossen ob ihrer im Metallarbeiter-Verband in Jena geleisteten Arbeit dieses Mißtrauen nicht verdient. Doch wie dem auch sei. Mit der gleichen Einmütigkeit, mit der alle U. S. P.-Delegierten in Jena ihre Entschuldigungen nach reichlicher Erwägung getroffen haben, so werden sie auch fernerhin ohne Preisgabe grundsätzlicher Auffassungen in aktiver Mitarbeit in den Gewerkschaften den Interessen der gesamten Arbeiterbewegung dienen, und damit dienen sie nicht zuletzt auch den Interessen unserer Partei.

Die Justiz gegen die Republik

Demokratische Bekenntnisse

Im „Berliner Tageblatt“ äußert sich der demokratische Reichstagsabgeordnete Brodau über die Stellung der Justiz zur Republik. Die Republik finde bei der Justiz, schreibt auch er, so wenig Schutz, „daß man schon von einer Sabotage der Republik reden kann“. Brodau fährt darauf fort:

Scheute sich doch ein Jahr nach der Revolution ein von einem sozialdemokratischen Minister ernannter hessischer Landgerichtspräsident nicht, während einer Beratungssitzung des Gerichts seinem Abscheu vor allem, was demokratisch heißt, durch die Worte Ausdruck zu geben: „Die Sozialdemokraten und Demokraten sind alle Lumpen.“ Sehr viele Richter leben, das ist gewiß, trotz der Essener Kundgebung der Republik nicht nur innerlich fremd, sondern feindlich gegenüber, sie sind in reaktionären Anschauungen befangen, und ihre Sympathien gehören denen, die die Republik bekämpfen.

Nur aus solchen Sympathien heraus konnte das Urteil kommen, das dem Richter v. Hirschfeld für den Versuch der Ermordung Erzbergers, unter ausdrücklicher Anerkennung der idealen Gesinnung, die lächerliche Strafe von anderthalb Jahren Gefängnis zuerkannte. Nur aus solcher Befangenheit in den Anschauungen der Reaktion konnte im Prozeß Erzberger-Helferich das Gericht hinsichtlich der von Erzberger geleisteten Zeugnisse zum Ausspruch eines Verdachtes gelangen, der sich dann bei der nachfolgenden genauen Untersuchung nicht einmal bis zur Anklage verdrängen konnte. Nur aus Antipathie gegen alles, was sich zur Republik bekennen, konnte der Kaiser Oberstaatsanwalt das öffentliche Interesse an der Strafverfolgung verneinen, als ein demokratischer Redakteur wegen eines gegen antirepublikanische Umtriebe gerichteten Artikels von fanatischen Jünglingen blutig geschlagen wurde. Nur aus solcher politischer Gesinnung heraus konnten die Richter der Strafkammer in Hildesheim dazu gelangen, den wegen Beleidigung republikanischer Minister angeklagten Redakteur eines rechtsstehenden Blattes freizusprechen, indem man ihm den Schutz des Paragraphen 108 des Strafgesetzbuches in einem Fall zubilligte, dessen Anwendung in solchen Fällen im alten Regime undenkbar gewesen wäre. Nur durch Richter, die völlig im Sinne des bürgerlichen Antisemitismus befangen sind, konnte das Berliner Urteil erlassen werden, das den Hauptkreditgeber der „Staatsbürgerzeitung“, Rebus, wegen der Aufforderung: „Hello p. Gerlach, Einstein, Harden, Professor Förster niederzuschlagen, nur zu tausend Mark Gehaltszahl verurteilen“ nur aus dem Einfluß jener Hege läßt sich das Urteil der Deimolder Richter erklären, das einen Hauptmann von der Anklage der Beleidigung des „unter jüdischem Einfluß stehenden“ Reichs-

wehministers Geheer freisprach, indem er als „Tatsache“ hinstellte, daß die Partei des Herrn Geheer zu einem sehr hohen Prozentsatz aus Juden bestehe. Und nur aus der inneren ablehnenden Stellung der Richter gegenüber der neuen Ordnung der Dinge läßt sich jene merkwürdige Begründung verstehen, mit der der Reichsanwalt und dann der erste Straßsenrat des Reichsgerichts das gerichtliche Einschreiten gegen den Präsidenten Geheer, den Prinzen Max und andere wegen Hochverrats, bezugnehmend gegenüber Wilhelm II., ablehnten. Statt die Anzeige des Frankfurter Rechtsanwalts Gannau als gegenstandslos zu behandeln, da ja unter der Weimarer Verfassung selbstverständlich nur Angeklagte gegen die deutsche Republik Gegenstand eines Hochverratsprozesses sein können, hielt die Anzeige als das zu behandeln, als was sie sich darstellte, als Beleidigung des abgesetzten Bundespräsidenten der deutschen Republik, wurde der Angeklagte höflich auf den Unkenntnistisch der Volksbeauftragten hingewiesen. Doch eine solche Anzeige überhaupt — zwei Jahre nach der Revolution! — eingereicht wurde, läßt erkennen, wie rechtsstehende Kreise in den Gerichten der Republik noch Einrichtungen zum Schutze des alten Regimes und seiner Anhänger erblickten.

Das ist — im allgemeinen — wunderbarerweise gesagt und richtig, und da Brodau Richter ist, muß er ja Bescheid wissen. Aber es ist eben nur — gesagt. Welche Taten aber kann man zur Befreiung dieses Zustandes wohl erwarten von einer Regierung, in der die Demokraten — Marie Schiffer-Dominicus — womöglich verdrängt durch die Deutsche Volkspartei — Marie Siresmann-Heintz — eine entscheidende Rolle spielen?

Änderung des Kalbgesetzes

Der Volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstages beschäftigte sich am Donnerstag mit dem Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Kalbgesetzgebung.

Ein Regierungsvortrag begründete den Entwurf mit der ungünstigen Lage der Kalbbetriebe, die sofortige Maßnahmen sowohl im volkswirtschaftlichen Interesse, als auch in dem der Industrie selbst notwendig mache. Die durch den Rückgang des Gesamtanbotes des Kalbfleisches und die erheblich vermehrte Zahl der Kalbschlächtereien wesentlich verminderte Abnahmefähigkeit der einzelnen Kalbwerke habe eine Vermehrung großer Vorräte auf den Werken und eine erhebliche Erhöhung der Selbst- und Gesamtkosten herbeigeführt. Eine Anzahl von Kalbwerken mußte daher den Betrieb einstellen, wodurch die Entlassung zahlreicher Arbeiter und Angestellter nötig wurde. Auch müssten Viehhändler in erheblichem Maße eingekauft werden. Nach dem übereinstimmenden Urteil der aus den Kreisen der Unternehmer, Angestellten und Arbeiter gehörten Sachverständigen erdrückte Mehrheit eine weitgehende Zusammenlegung der Betriebe zur Herabminderung der Selbst- und Gesamtkosten dringend geboten. Nach übereinstimmender Stellungnahme der maßgebenden Nationen ist der Erlass eines Gesetzes erforderlich, das das weitere Absterben von Kalbschlächtereien verhindern und die Stilllegung von unrentabel arbeitenden Kalbbetrieben fördern soll. Zum Schutze der durch die Stilllegung unglücklich betroffenen Angestellten und Arbeiter ist eine entsprechende Bestimmung aufgenommen.

Abg. Huz (Soc.) beantragte die Informationen als unzureichend. Der Eingriff in das Wirtschaftsleben, den die Vorlage bewirken muß, ist zu bedeutend, als daß man ohne genaues Zahlenmaterial so schwerwiegende Entschlüsse fassen kann. Dieses ist der Kalbkalender eine Organisation der Unternehmer. Die Arbeitnehmer werden zwar hinzugezogen, erhalten aber keinen Einblick in die geschäftlichen Unterlagen.

Abg. Dömmann (U.S.P.) forderte ebenfalls von der Regierung genaue zahlenmäßige Unterlagen. — Die Weiterberatung wurde schließlich auf Freitag vertagt.

Die Mörder Erzbergers in der Schweiz erkannt? Wie der „Thurgauer Zeitung“ aus St. Gallen gemeldet wird, ist bei den dortigen Polizeibehörden eine Mitteilung eingegangen, nach der Reisende in zwei Deutschen, die mit ihnen nach der Schweiz einreisten und deren Benehmen auffällig erschien, auf Grund der inzwischen eingegangenen Strafbefehle und Photographien die beiden Mörder Erzbergers bestimmt erkannt haben wollen. Nachforschungen in St. Gallen haben indessen bis zur Stunde kein positives Ergebnis gehabt.

„Partie Maßnahme.“ Aus der „Täglichen Rundschau“ erfahren wir, daß das Wolfische Bureau eine Note über eine Kriegsendemünze des Russischen Reiches mit der Randnote „Für ein bürgerliches Vaterland“ versendet habe. Die Note habe nur eine harmlose Beschreibung der Münze enthalten, deswegen sei eine solche garte Maßnahme auf die „rote Seite“ nicht angebracht gewesen. — In Wirklichkeit ist diese Geschichte nicht ganz so harmlos, denn die Kriegsendemünze dient zweifellos dem Zweck, den militärischen Geist aufs Neue zu beleben. Und es ist kennzeichnend für das Wolfische Bureau, daß es sich auch in diesem Falle zur Verbreitung reaktionärer Tendenzen gebrauchen läßt.

Das „Miesbacher Tageblatt“ auf acht Tage verboten. Auf Grund des Artikels „Das neue deutsche Zentrum“ in Nr. 15 des „Miesbacher Tageblattes“ hat der Staatskommissar für München-Pand verfügt, daß mit sofortiger Wirkung das Erscheinen des „Miesbacher Tageblattes“ bis zum 29. September einschließlich verboten ist. Auch der „Miesbacher Anzeiger“ darf als Ersatzblatt für das verbotene „Miesbacher Tageblatt“ nicht erscheinen.

Die holländischen Staaten im Bältenbunde. Ostland, Lettland und Litauen sind mit Zweidrittel-Mehrheit in den Bältenbunde aufgenommen worden.

Unsere Anzeigen!

Druckfache
 in die
 Hauptredaktion der „Freiheit“
 Berlin 62
 Breite Straße 8-9

Die Bekämpfung der Wohnungsnot

Die Tätigkeit der Wohnungsämter 128184 Wohnungsfuchende in Berlin

In der Reihe der schweren wirtschaftlichen Schäden, die wir als das fürchterliche Erbe des glorreichen Weltkrieges zu verzeichnen haben, befindet sich an erster Stelle die Wohnungsnot der Großstädte. Bei dem ungeheuren Zustrom, unter dem Berlin zu leiden hat, ist natürlich in dieser Riesenstadt die Wohnungsnot besonders groß. Da Berlin bei seiner finanziellen Lage fast noch weniger als andere Städte daran denken kann, die Bautätigkeit in größerem Umfange zu beleben, ist auch der Kampf gegen die Wohnungsnot bisher nicht sehr erfolgreich gewesen.

Um nun der Presse einen Ueberblick über das von den Wohnungsämtern bisher Geleistete zu geben, hatte das Hauptwohnungsamt im Rathaus eine Besprechung der Pressevertreter einberufen. Bevor wir auf das, was an tatsächlichen Material den Pressevertretern geboten wurde, eingehen, seien zwei Bemerkungen über die Art der Veranstaltung gemacht. Es berührte zum mindestens eigenartig, daß Herr Direktor de Laporte die Vertreter der Berliner Presse zusammenrief, um ihnen an tatsächlichen Angaben schließlich nicht mehr mitzuteilen, als was am gleichen Tage in der Morgennummer des „Berliner Tageblatts“ zu lesen war. Wünschte Herr de Laporte, daß diese Angaben von der gesamten Presse wiedergegeben werden sollten, so hätte er das Material viel zweckmäßiger durch das Nachrichtenamt des Magistrats verbreiten lassen. Zum zweiten machte es einen ebenso eigenartigen Eindruck, daß Herr de Laporte eine weniger sachlich aufgebaute als leidenschaftlich anklagende Rede gegen die öffentlichen Meinung hielt, die den Wohnungsämtern nicht sehr gewogen ist.

Es ist zweifellos richtig, daß man für die Wohnungsnot an sich und für den Mangel an Bautätigkeit nicht die Wohnungsämter verantwortlich machen kann, da ja ihre Aufgabe vielmehr darin besteht, für eine soziale Verteilung des vorhandenen Wohnraumes zu wirken. Ebenso ist richtig, daß selbst in der Verteilung des vorhandenen Wohnraumes den Wohnungsämtern Schranken gezogen sind durch die vorhandenen gesetzlichen Bestimmungen. Diese beiden Umstände sind aber der Presse sehr wohl bekannt und es wird niemals Anstand genommen werden, bei Wiedergabe von Beschwerden gegen die Wohnungsämter die Grenzen ihrer Befugnisse zu berücksichtigen. Selbst wenn man aber anerkennt, daß durch den Krieg und die Wohnungsnot besonders die davon Betroffenen leicht erregbar sind, und daß auch die Beamten, die beim Publikum keine genaue Kenntnis der vorhandenen Bestimmungen voraussetzen können, oft eine wahre Engelsgebild an den Tag legen müssen, so wird man doch nicht um die Tatsache herum können, daß die Einrichtung der Wohnungsämter von einer typisch deutschen Erscheinung keine Ausnahme macht: auch bei ihnen herrscht der Bürokratismus. Herr de Laporte hat darauf hingewiesen, daß die beabsichtigte Zentralisation der Berliner Wohnungsämter noch nicht hat durchgeführt werden können. Dadurch kommt es, daß dem Hauptwohnungsamt nur die 12 Wohnungsämter der engeren Stadt Berlin unterstehen, während die Wohnungsämter der Vororte, wie Charlottenburg, Neukölln, Schöneberg usw. dem Hauptwohnungsamt gleichgeordnet sind. Daraus erklärt sich z. B. die bürokratische Schwerfälligkeit, mit der ein Wohnungsantrag von einem Vorort Berlins nach dem anderen bei den Wohnungsämtern behandelt wird. Es ist anzugeben, daß bei einer Zahl von 128184 Wohnungsfuchenden die Wohnungsämter nicht leicht in der Lage sind, auch nur die dringlichsten Ansuchen zu erledigen.

Das wesentlichste Hindernis für die Aufteilung des vorhandenen Wohnraumes bildet die gesetzliche Bestimmung, daß von größeren Wohnungen nur solche Teile abgetrennt werden dürfen, die sich wirtschaftlich und räumlich abtrennen lassen. Können Familien in solchen Räumen nicht untergebracht werden, so können nur Einzelpersonen eingewiesen werden, und diese auch nur dann, wenn keine unverhältnismäßige Härte entsteht. Diese Begriffe sind so bedauernd und auslegungsfähig, daß sie praktischen Wert gar nicht mehr haben. Damit ist den Woh-

nungsämtern die Möglichkeit des Aufteilens von größeren Wohnungen nahezu genommen.

Es bleibt also zur Bekämpfung der Wohnungsnot faktisch nichts anderes übrig, als zu versuchen, in dem denkbar größten Umfange die Bautätigkeit zu beleben. Das darf aber wiederum nicht so gesehen, daß man diese sozial notwendige Tätigkeit zu einem Felde für die Profitlust des Privatkapitals macht, sondern es muß schon hierbei versucht werden, gemeinwirtschaftliche Grundlagen zu verwickeln. Die Mittel, die bei der heutigen finanziellen Lage Reich, Staat und Gemeinden für die Belebung der Bautätigkeit zur Verfügung stehen, sind zu knapp, und die soziale Bedeutung der praktischen Bekämpfung der Wohnungsnot durch gleichzeitig erfolgende produktive Erwerbslozenfürsorge ist für die Allgemeinheit viel zu wichtig, als daß dieses Gebiet auch noch zu einem Tummelplatz privatwirtschaftlicher Profitinteressen werden dürfte.

Allen Berliner Wohnungsfuchenden, die seit Jahr und Tag auf Wohnung warten, ist zu empfehlen, der Stadtverordnetenwahl größte Aufmerksamkeit zu schenken. Nur von einer sozialistisch orientierten Gemeindepolitik kann eine wirksame Bekämpfung der Wohnungsnot erwartet werden, und deshalb muß jeder, der dazu beitragen will, am 16. Oktober seine Stimme der Unabhängigen Sozialdemokratie geben!

Öffentliche Wähler-Versammlungen am Freitag, den 23. September, abends 7 Uhr

Bankow: Sanssouci, Nordend
Schmargendorf: Schillinghaus
Schulaula: Greifenhagener Straße 20
Schulaula: Weihenburger Straße 4

Referenten: Gen. Kubig, Dr. Wegl, Frau Wegl, Dr. Koellig

Magistrat und Lebensmittelsteuerung

Die Unabhängige Fraktion der Stadtverordnetenversammlung hat folgende Anfrage an den Magistrat gerichtet:

Die ununterbrochene Steigerung der Preise aller Lebensmittel stellt eine ungeheure Gefahr für die Existenz der großen Masse der minderbemittelten Bevölkerung dar. Insbesondere die hohen Preise für Kartoffeln und Fleisch haben eine ständig steigende Erregung in den häßlichen Verbraucherschichten hervorgerufen. Wir fragen deshalb:

1. Was hat der Magistrat getan, um die ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln zu erschwinglichen Preisen sicherzustellen?
2. Welche Schritte hat der Magistrat bisher unternommen bzw. welche Schritte gedenkt er zu unternehmen, um der ersten Gefahr zu begegnen, die durch die hohen Fleischpreise heraufbeschwohen wird. Während die Viehpreise gesunken sind, sind die Kleinhandelspreise unverändert hoch geblieben oder sogar gestiegen. Der preussische Minister des Innern hat deshalb an die Regierungspräsidenten folgenden Erlaß gerichtet:

„Die bereits in dem Erlaß des Herrn preussischen Staatskommissars für Volksernährung vom 25. August d. J. behandelte unnatürliche Spannung zwischen den Lebensmittelpreisen und den Fleischleinverkaufspreisen bedeutet eine so ernste Schädigung und Erschwerung der Volksernährung, daß eine Beseitigung des Mißstandes mit allen Mitteln angestrebt werden muß. Frühere Erfahrungen haben gezeigt, daß ein Eingreifen der Kommunalverbände unter Umständen preisregulierend wirken kann. Zunächst kommt dabei die Tätigkeit der Preisprüfstellen in Betracht, dann aber wird zu erwägen sein, ob nicht durch den Abschluß von Viehlieferungsverträgen mit landwirtschaftlichen Genossenschaften sowie durch Einrichtung einzelner städtischer Fleischverkaufsstellen ohne Schädigung des realen Handels undurchtätig hohe Fleischpreise herabgedrückt werden können.“

Ich ersuche ergebenst, sofort im Benehmen mit den Handelskammern zu prüfen, wo ein derartiges Vorgehen der Kommunalverbände angebracht sein würde, und gegebenenfalls auf die betreffenden Landkreise und Gemeinden dahin einzuwirken, daß sie die im Interesse der Volksernährung zur Beseitigung des Mißstandes erforderlichen Maßnahmen treffen. Auch bei der Durchführung dieser Maßnahmen wird sich eine Fühlung mit den Handelskammern empfehlen.“
Was hat der Magistrat Berlin daraufhin veranlaßt?

Mißstände bei der Schutzpolizei Kommisgeist statt sozialer Geist

Wir erhalten folgende Zuschrift: Schon seit langer Zeit empfinden es die unteren Beamten der Schutzpolizei sehr schmerzhaft, daß man die ihnen zustehenden Rechte durch allerlei Winkelzüge zu schmälern versucht. Nachdem man ihnen vor einiger Zeit ihre Anstellung auf Lebenszeit versagt und sie zur Unterschrift einer zwölfjährigen Dienstzeit gezwungen hat, nach deren Ablauf sie vor derselben Ungewißheit stehen wie heute.

Der herrschende Ton ist eingegeben vom alten Kommisgeist. Auf polizeiliche Ausbildung legen die Vorgesetzten sehr wenig Wert. Strafrecht, Prozeßrecht, Polizeiverordnungen und Verfügungen werden als nebenächlich mit Stillschweigen übergegangen, mehr Erfolg versprechen sie sich davon, wenn der Beamte möglichst viel exzerziert oder gar zu Mandatierungen in den umliegenden Festern und Wäldern herangezogen wird. Das Publikum aber wundert sich über manchen Fehltriff eines Beamten auf der Straße und schüttelt verständnislos den Kopf, weil ihm ja nicht die Ausbildungsgrundzüge der Polizei bekannt sind.

Auf die Schwere, Verantwortung und Gefahr des Wache- und Straßendienstes brauchte man eigentlich nicht hinzuweisen, weil die Opfer der im Beruf dahingerahten Beamten eine Summe, aber deutliche Sprache reden. Doch scheint auch dies den Herren am grünen Tisch, die nur Verfügungen und Befehle erlassen können, nicht bekannt zu sein, denn sonst könnte man es kaum verstehen, daß nach 24stündigem Wache- und Straßendienst noch weiterer Dienst angefordert wird, so daß sich eine Dienstzeit von 27-28 Stunden ergibt. Ob man dadurch die Dienstfreudigkeit hebt, bleibt dahingestellt.

Im übrigen wurde jetzt den Beamten der Schutzpolizei ein Teuerungszuschlag von 25 Proz. bewilligt, gleichzeitig hat man aber das Verpflegungsgeld um 30 Proz. erhöht. Dabei ist die Verpflegung aber so, daß die Beamten noch sehr tief in die Tasche greifen müssen. Selbstverpflegung wird nicht zugelassen. Die unteren Beamten verweigern daher seit Mittwoch die Teilnahme an der Zwangsverpflegung. An diesem Hungerstreik beteiligten sich geschlossen die Gruppen Tiergarten und Mitte, die anderen Abteilungen mit großer Mehrheit.

Jüdisches Arbeiter-Meeting für Sowjetrußland

Das vereinigte jüdische Arbeiter-Hilfskomitee für die Hungernenden in Sowjetrußland, in welchem alle Richtungen der jüdischen Arbeiterkraft vertreten sind, veranstaltet Freitag, den 23. September, 8 Uhr abends, in den Sophienhöfen (weißer Saal), Sophienstr. 17/18, ein öffentliches jüdisches Arbeiter-Meeting mit dem Thema: „Die proletarische Hilfsaktion für die hungernden Arbeiter und Bauern in Rußland.“

Die Kohle wird noch teurer!

Das Kohlenamt teilt mit: Infolge der Erhöhung der Erzeugerpreise für Bricketts und Koks aller Art sieht sich der Magistrat Berlin genötigt, die Preise für Bricketts auf M. 18,05 ab Lager bzw. M. 19,05 frei Keller zu erhöhen. Der Kokspreis erhöht sich auf M. 28,65 bzw. 29,65. Zu beachten ist, daß alle seit dem 15. September ausgeführten Lieferungen zu diesen erhöhten Preisen berechnet werden dürfen.

Neuregelung des Groß-Berliner Rettungswesens. Schon seit langer Zeit plant die Stadt Berlin eine einheitliche Neuregelung des gesamten städtischen Rettungswesens, um allen Anforderungen einer schnellen und tatkräftigen Hilfeleistung bei größeren Unglücksfällen und Feuergefahren gerecht zu werden. Diesem Entschlusse ist die Stadt jetzt erneut näherge-

Felsenbrunner Hof

Von Anna Croissant-Ruß

(Nachdruck verboten.)

Hatten sie sich denn eigentlich geküßt? Weiß der liebe Himmel, sie hatten sich nur einmal geküßt! Hatte es jetzt der Amerikaner mit zu viel oder mit zu wenig Frauen „drumwe“ zu tun gehabt? Mutter Kageberger neigte zur letzteren Ansicht. Vielleicht war er aber auch nur so „aablich“ (sonderbar), weil sie da war — die Reugierde trieb die Alte zu horchen und durch die Ritzen zu spähen. Nun hielt er zwar Rätchen um den Leib gefaßt, rebete aber noch immerfort, und Rätchen sah aus, als warte sie auf etwas, was nicht kommen wollte.

Als Peter in der Nacht nach Hause ging, schaute er förmlich herausfordernd um sich. Er hatte die Braut und hatte die Keder! Es war aber noch etwas — der Weiher — er hörte die Stimme des Bades und sagte ingrimmig: „Auch da wird die Zeit kommen.“

Doch die Stimme des Bades wollte nicht schweigen; sie kam in sein Schlafzimmer, sie mischte sich in seine Träume, sie weckte ihn auf und störte ihn so, daß er sein Bett verlieh und am Fenster stehend sah, wie der Mond allmählich über den Hochwald heraufkam und sein weißlichblaues Licht in den unruhigen Wellen des Bades zitterte.

Neue Pläne tauchten vor ihm auf, er wurde unruhig. Tausend Hände hätte er haben mögen, es war ja, als käme er nicht vom Fleck! Es trieb ihn rastlos vorwärts, es war, als betausche ihn die Heimatluft und peitsche ihn zu fieberhaftem Schaffen an.

Es war vielleicht gut, was Rätchen sagte: „es muß anders werden“ — vielleicht! —

Im Hause Thomann hatte man nicht viel Zeit gehabt, sich angelegentlich mit Peters Rückkunft und seinen Verhältnissen zu beschäftigen. Koss war nach längerer Abwesenheit aus England herübergekommen und hatte seine Verlobte Miß Ruth Edwards mitgebracht. Der alte Thomann hatte von Anfang an nichts gegen die Verlobung gehabt. Die Braut war aus angesehenem Hause, sehr reich, ihren Vorfahren nach schön, von ausgesprochen englischem Typus, klug und vornehm aussehend.

Mama Thomann hatte dagegen mit Händen und Füßen abgewehrt und brachte nun der neuen Schwiegertochter, da sie nichts mehr ändern konnte, nur Vorurteile entgegen. Die Zimmer für den Gast wurden unter Protestrufen und Ausdrücken der tiefsten Verachtung für England und englisches Wesen in stand gesetzt; die Geschichte brachte ihr nur Aufregung und Aerger, meinte sie, und je näher der Tag der Ankunft rückte, desto schlechter wurde ihre Laune.

Dementsprechend begrüßte und behandelte sie auch die Braut. Niemand hatte Frau Thomann es so reserviert und wortfarg gesehen. All ihren aufgeregten Aerger ergoß sie dann über Eugenie.

Wie konnte man, wenn man Koss Thomann hieß und ausjah wie Koss Thomann, jemanden nehmen wie diese Miß „Koss“! So sprach nämlich Mama Thomann den Namen ihrer zukünftigen Schwiegertochter aus, trotz aller sanften Verbesserungsvorschläge von seiten Eugeniens und der nachdrücklichen von seiten Koss.

Selbst die Braut sagte freundlich arglos: „Bei uns schagt man überhaupt nur den Familiennam, scho ist: Miß Edwards.“

„Und bei uns sagt man de Vorname, und da werde Sie sich dran gewöhne müsse!“

Zu Eugenie bemerkte sie dann:

„Was hab' t denn alleweil zu forrigiere? Warum soll ich denn nit Miß Koss sage? „Fähn“ hat sie wie e Koss, nur sin's zweiuudsehzig, und wenn sie freundlich is, hat m'r Angst, sie verfählingt ei'm; Knoche hat se wie e Koss, Haar hat se wie e Koss so dia. Sonst is se glatt und platt überall, un ich muß mich ordentlich schäme, daß ich da un dort so rund bin. Geh mer ewegg! Sie is viel wüschder wie ihr Bilder!“

„Über Mama,“ antwortete Eugenie, „ich kann dich nicht verstehen! Sie ist in ihrer Art prachtvoll und wie geschaffen für Koss; etwas kühl, und doch nicht ohne Leidenschaft, besonnen, vornehm, grundgesund und gebildet, dabei eine sehr schöne Repräsentantin der gesunden, kräftigen Engländerin.“

„Gahahaha!“ lachte Frau Thomann. „Wie wenn Koss, ihr Koss, nicht etwas ganz anderes hätte haben können! Eine Adlige zum Beispiel, oder eine berühmte Schönheit; Geld spielte doch keine Rolle!“

Nur keine so unbequeme Schwiegertochter, die bei Tisch unruhig wurde und ängstlich ausjah, wenn sie mit den Fingern zufällig den Knöcheln zu nahe kam. Jetzt packte sie erst recht fest zu, prophezeite sie Eugenie.

„Des soll' m'r passe, daß ich mich von meiner Schwiegertochter in meine alte Tage noch ins Bodshorn jage lasse soll! Die kam noch und tät nachgude, ob ich weiße Nachel hab. Die sin' und bleiben schwarz, basta!“

Die großen Konflikte aber kamen erst, wenn Miß Edwards lebenswüchsig sein, und der alten Dame den schuldigen Tribut als Dichterin zollen wollte.

„Ewa so gina's vor sich: „Kennen Schie unschre Dichter? Kennen Schie Byron oder Dickens oder Ruskin?“

„Kenn' ich nit. Den Beet Hart und den Marc Twain hab ich gelese, und die hab' ich gern.“

„Da, die amerikanische!“

Wie sie das sagte: „die amerikanische!“

Ein klein wenig senkten sich die Mundwinkel dabei und Miß Ruths Rücken straffte sich.

„Zawohl die amerikanische,“ erwiderte Mama Thomann prompt, obwohl sie bis vor einer Minute nicht gewußt, daß es „amerikanische“ waren, und stemmte kriegerisch das Messer auf.

„Das sin' die amerikanische, und dann gibt es auch noch deutsche und sogar Wälzer Dichter und Dichterrinnen, mit Erlaubnis, und nit nur englische!“

Vor Wut sprach sie hochdeutsch. Was die Literatur, nein, was die Poesie betraf, die würde sie wohl besser verstehen als diese Englische!

Dann hatte Miß Edwards noch eine verabscheuungswürdige Angewohnheit; sie konnte es nicht unterlassen, immer gegen den Alkohol zu reden, und erbitterte damit ihre Schwiegermutter, die einen guten Tropfen wohl zu schätzen wußte, aufs höchste.

„Sie soll m'r mein Fläschche in Ruh trinke lasse, ich jag' aach niz über des ewige Teegelepper!“

Eugenie hörte mit der größten Geduld alle Klagen ihrer Mutter an. Zuletzt meinte sie, das wäre doch nicht zu leugnen, daß Ruth prachtvoll zu Pferde sahe und wundervoll tuffschiere! Nein, das leugnete die Mama nicht, aber: „jeder Reitknecht kann des. Dazu braucht m'r doch nit die Ruie Britannia do!“

„Oh, ich wolle ich könnte das wie sie!“ rief Eugenie unvorsichtigerweise.

„Ja, du Emanzipierti, das wär' grad was for dich! Schäm' dich und mach', daß du unner die Haut' lummscht. Jey is d'r noch dein jüngeti Schwester zuvorkomme!“

(Fortsetzung folgt.)

treten. Das bisher auf den einzelnen städtischen Fahrplänen untergebrachte städtische Rettungswesen soll zu einer zentralen Stelle des gesamten Groß-Berliner Rettungswesen vereinigt und im früheren Marzfall am Schloßplatz untergebracht werden. Das im Marzfall bereits befindliche städtische Fuhramt wird auf die einzelnen Arbeitsbezirke verteilt.

Der Aufmächer Grohmann wurde gestern von der Kriminalpolizei dem Untersuchungsrichter übergeben. Die Kriminalkommission, die bisher die Ermittlungen leitete, haben hiermit ihre Tätigkeit abgeschlossen. Grohmann ist dreier Morde überführt und geständig, an den Mädchen Rische, Sosnowski und der polnischen „Martha“. Die Persönlichkeit dieses dritten Opfers ist noch immer nicht festgestellt. Die Polin, von der Grohmann glaubte, daß sie sie näher kennen werde, ist ermittelt, weiß aber auch nur, daß sie sich eine Zeitlang in dem Hause aufhielt und erst „Martha“ und dann „Freida“ gerufen wurde. In vier weiteren Fällen der gleichen Art ist Grohmann des Mordes dringend verdächtig. Wahrscheinlich fallen ihm aber noch eine ganze Reihe weiterer Beseitigungen von Mädchen zur Last, die vernichtet werden, von denen aber bisher noch keine Spuren gefunden sind. Der Verhaftete erhielt gestern den Besuch seiner Schwester, die ihn kaum wiedererkannte. Nachdem er sein gutes Leben hat aufgeben müssen, ist er körperlich zusammengebrochen. Sein Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Freny, hat beantragt, ihn auf seinen Geisteszustand untersuchen zu lassen. Grohmann hat von seinen 58 Lebensjahren nicht weniger als 24 im Gefängnis und Zuchthaus zugebracht, immer wegen Sittlichkeitsverbrechen und widernatürlicher Unzucht.

8. Internationaler Buchdruckerkongress

Zum zweiten Male seit dem Weltkriege traten vom 5. bis 9. September die Buchdrucker zu ihrem 8. Internationalen Kongress zusammen. Es waren 28 Delegierte anwesend, die folgende Länder vertraten: Deutschland, Böhmen, Bulgarien, Dänemark, Frankreich, Niederlande, Italien, Jugoslawien, Luxemburg, Norwegen, Österreich, Schweden, Schweiz, Siebenbürgen, Banat, Tschecho-Slowakei und Ungarn. Die Vertreter der Buchdruckerorganisationen aus Finnland und Rumänien konnten wegen Passchwierigkeiten nicht erscheinen. Als Gäste waren erschienen Vertreter der Typographischen Association von England, des russischen Buchdruckerverbandes, des Internationalen Verbandes der Lithographen und Steindrucker, des Internationalen Buchhändlerverbandes und der Gewerkschaftskommission Deutsch-Oesterreichs. Als Präsident des Kongresses wurde Schlumpf (Schweiz) bestimmt.

Der Hauptberatungsgegenstand der Konferenz war der Ausbau und die Festigung der Buchdruckerinternationalen.

Den Tätigkeitsbericht gab der Internationale Sekretär Verdan (Schweiz). Er berichtete, daß der volle internationale Zusammenschluß leider noch nicht erreicht worden sei, es bestehe aber Hoffnung, daß sich England zum Beitritt entschließen werde. Auch mit Amerika und einigen anderen Verbänden seien Verhandlungen angebahnt. Finanzielle Schwierigkeiten hätten die Tätigkeit des Internationalen Sekretariats gehemmt. Durch das Entgegenkommen einiger Bruderorganisationen aus Ländern mit guter Valuta, habe man die Schwierigkeiten beheben können.

In der Aussprache wurde von verschiedenen Delegierten der volle Zusammenschluß gewünscht. Besonderer Wert wurde auf den Beitritt der englischen Buchdruckerorganisation gelegt. Der Bericht wurde einstimmig genehmigt.

Zur Frage der Aufhebung der Gegenseitigkeitsmarke wurde beschlossen: „Die Gegenseitigkeitsmarke wird abgeschafft; die Verbände sind verpflichtet, sämtlichen Mitgliedern Verbandsbücher auszustellen. Die Sekretariatskommission soll über die Schaffung eines internationalen Verbandsbuches beraten.“ Zur Finanzierung des Sekretariats wurde eine fünfgliedrige Kommission gewählt, die wegen der Valutaunterschiede einen einheitlichen Vorschlag auszuarbeiten soll, der allen Ländern gerecht wird.

Gegen die Vergewaltigung der ungarischen Gewerkschaften ist in einer Resolution nachdrücklich protestiert worden.

Am zweiten Verhandlungstag sprach Sekretär Verdan über die christlich-soziale Bewegung, deren Organisationen bei wirtschaftlichen Kämpfen der freigeorganierten Arbeiterschaft in den Rücken fielen. Daher sei diese Bewegung zu beachten.

Ueber den Zusammenschluß der kleinen Organisationen

der Einzelländer berichtete ebenfalls Sekretär Verdan, der dafür plädierte, daß in einem Lande nicht verschiedene Verbände bestehen dürfen. Es wurde durch Beschluß der Internationalen Sekretariatskommission die Vollmacht erteilt, in einzelnen Fällen entsprechend einzugreifen.

Im Verlaufe der Debatte ergriff das Wort Freny (England), der den Wunsch aussprach, daß die englischen Buchdrucker bald als vollberechtigte Mitglieder auf dem Internationalen Kongress erscheinen können. Eine große Arbeitslosigkeit habe bisher die Frage noch nicht lösen lassen. Diese Erklärung befrichtigte jedoch anscheinend nicht alle Delegierte.

Brauchen wir Frauen Rechte?

Reinfall der Gelben.
Mit diesem Thema hatte der Verband weiblicher Handels- und Bureauangestellter in Berlin vier große Versammlungen angekündigt.

Schon die erste Versammlung war ein gutbürgerlich-gediegener Reinfall. Es waren — hoch geschätzt — etwa 40 Personen anwesend, einschließlich der Referentin und vieler eigener Verbandsangestellter. Alles kannte sich; die übrigen Mitglieder waren

wohl nur aus alter Anhänglichkeit und um wenigstens einige Stühle zu besetzen, gekommen.

Entgegen der sonstigen Gepflogenheit (der Verband weiblicher Handels- und Bureauangestellter hält allgemein nur Mitglieder-Versammlungen ab) hatte man den Versuch unternommen, an die breiteste Öffentlichkeit heranzutreten. Aber die Verbandsleitung muß wohl von vornherein auf keinen großen Zutrom gerechnet haben, denn die „große Versammlung“ fand in einem Vereinszimmer statt.

Die neue Vorsitzende Las im vertrautesten Kreise ihren „Vortrag“ ab, der den geistigen Tiefen der Verbandsflugblätter voll und ganz entsprach. Die Ausführungen Frau Müller zu plätscherten sanft dahin. Da die Gelbten und Gelben ganz unten saßen, waren, kam eine Diskussion natürlich nicht zustande. Man konnte Mitleid mit ihnen haben —

Es soll naive Gemüter gegeben haben, die erwarteten, daß eine Vertreterin des Zentralverbandes der Angestellten diesem Zielchen in keiner geistigen Armut helfend beibringen würde.

Doch es lohnte wirklich nicht der Mühe. Wenn je, so galt hier das bekannte Wort: „Reden ist Silber, Schweigen ist Gold.“

Die Beamenschaft und die Republik

Dieses Thema hat eine Beamtenversammlung am 19. September 1921, die unsere Sektion der Post und Telegraphie einberufen hat, beschäftigt. Die Referenten, Gen. Luise Zieg und Jachert, haben die monarchistische Ordnung mit ihren Stützen, die sich jetzt als Gesellschaftsretter aufspielen, scharf gegeißelt und fordern die lebhafteste Zustimmung der Versammelten. Die bürgerliche Republik ist für uns Sozialisten nicht Ziel, sondern ein günstiger Festboden für unser Ziel: die Klassenlose sozialistische Gesellschaft. Gegen alle Angriffe der Ludendorffer Amokläufer und konservativen Centrobureautatit verteidigen wir die bürgerliche Republik als ein kleineres Übel. — Wir erwarten von der Reichsregierung u. a. die restlose Ausbeizung der reaktionären Eiterbeulen in der Verwaltung, Justiz, Schule und Reichswehr und werden sie dazu vorwärts treiben. — Die freibeitliche Postbeamenschaft befindet sich in einem vogelfreien Zustande; Verletzungen, Entlassungen, Kalfstellungen und Besetzungen des Betriebssteuerelektes sind auf der Tagesordnung. Demgegenüber verlangt die Versammlung Sanktion der Reichsregierung und fordert die gesamte Beamenschaft im Reiche auf, Arbeitsgemeinschaften republikanischer Beamten zu bilden, um der Regierung eine breitere Tragfläche für die Säuberungsaktion zu geben. Die Berliner D. P. D. mit ihrer ultrareaktionären Spitze und Spitzelzentrale wird der besonderen Aufmerksamkeit der Reichsregierung empfohlen, nachdem Herr Giesberts zum Wachs in den Händen seiner heimlichen und unheimlichen Räte geworden ist.

Lohnbewegung im Kraftdroschfengewerbe

Die Kraftdroschfenführer besaßen bisher in einem ungesicherten Lohnverhältnis. Für Benzindroschfenführer bestand ein Lohn von 1,50 M. pro Schicht und 15 Prozent der Bruttoeinnahme; außerdem mußten die Fahrer von ihrem Lohn 5 bis 8 M. täglich für Wagenreinigung zahlen. Nach Verhandlungen mit dem Verein der Kraftdroschfenbesitzer Groß-Berlins, die zu keiner Einigung führten, fällt der Schlichtungsausschuß einen Schiedsspruch, wonach 3 M. Lohn für die Schicht und 18 Prozent der Bruttoeinnahme zu zahlen sind, im weiteren hat der Unternehmer für das Reinigen der Wagen Sorge zu tragen und ist der Fahrer zu den Unkosten nicht heranzuziehen.

Der Spruch ist bis auf den Punkt des Wagenreinigens beiderseitig anerkannt. Ueber den strittigen Punkt soll in kurzer Zeit beim Demobilisierungskommissar verhandelt werden. Für Elektrodrochfenführer ist ein Schiedsspruch gefällt, wonach 1,50 M. Lohn und 24 Prozent der Bruttoeinnahme zu zahlen ist, Wagenwaschen frei. Diesen Spruch hat der größte Teil der Unternehmer anerkannt und zahlen viele Unternehmer darüber hinaus. Anders der Interessentenverband der Auto- und Elektrodrochfenbesitzer. Trotzdem dieser Verband nur ein paar Mitglieder aufzuweisen hat, spielen sich dieselben als Scharfmacher auf. Ihr Angebot betraf nur 22 Prozent der Bruttoeinnahme ohne Lohn. Dies würde einen Durchschnittslohn von 44 M. pro Tag betragen, womit ein Kraftdroschfenführer bei der heutigen Teuerung, zumal derselbe den ganzen Tag auf der Straße liegt, seine Existenz nicht behaupten kann. Die Folge war, daß die Fahrer bei Pohlmann, Schrod, Müller, Podzun, Michaelis, sämtlich Hannoverische Straße 5, und Winter, Hofmannstr. 32, in Streik traten.

Die Firma Pohlmann versucht nun Arbeitswillige auszubilden. Dieselbe bemüht zur Ausbildung Droschfen und ist nicht im Besitz einer Konzeption zur Ausbildung von Fahrern. Gegen dieses ungesicherte Vorgehen sind vonseiten der Organisation die nötigen Schritte eingeleitet worden. Wir erfordern um Solidarität und Bitten, die obengenannten Betriebe zu melden. Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Zum Streik in der Filmindustrie

Der Streik dauert unermindert an. Alle Nachrichten, die besagen, daß in den Firmen Reher, Union, Jola, Glas, Haus, Eiso, Decia-Bioscop usw. die Arbeit aufgenommen sei, sind un wahr. Alle Arbeiter befinden sich reiflos im Ausstand. Das kaufmännische Personal nahm die Arbeit auf, nachdem es durch nicht ganz einwandfreie Mittel dazu gezwungen wurde. Die Filmpresse bringt seit einigen Tagen Notizen, die besagen, die in letzter Minute erfolgte Vermittlung des Reichsarbeitsministeriums zu sabotieren. Man glaubt, in Arbeitsbetriebskreisen durch eine drücke Ablehnung des Reichsarbeitsministeriums die Arbeitnehmer zwingen zu können, bedingungslos zur Arbeitstätte zurückzukehren. Die Ursache dieser Haltung ist der Wunsch, ein Tarifvertragsverhältnis in der Filmindustrie auszusprechen.

um auf diese Art und Weise weiter mit dem Leben und der Gesundheit der Arbeiter und Angestellten Raubbau zu treiben. Auch stehen sie auf dem Standpunkt, die Ablehnung des Reichsarbeitsministeriums mit der Lebensunmöglichkeit der Filmindustrie begründen zu können. Sollten die Verhandlungen ergebnislos verlaufen, so ist mit einer Verschärfung des Streiks zu rechnen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß dann auch die großen Kinotheater in Mitleidenschaft gezogen werden.

Zimmerer! Am Freitag, den 23. d. Mis., abends 6 1/2 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 25, Saal 10, eine Funktionärskonferenz statt, die sich mit dem Angebot der Arbeitgeber zur Lohnrevidierung beschäftigt hat. Das Erscheinen sämtlicher Funktionäre ist notwendig! Ferner werden am Sonnabend, den 24., und Sonntag, den 25. d. Mis., in sämtlichen Bezirken Bezirksversammlungen abgehalten mit der Tagesordnung: Stellungnahme zu dem Angebot der Unternehmer und Wahl der Delegierten zu der am 26. September stattfindenden Bezirksversammlungen. Am Montag, den 26. d. Mis., abends 6 1/2 Uhr, findet in den Andreassälen, Andreassstraße 21, die Jahrestellensammlung zwecks Beschlußfassung über das Angebot der Unternehmer zu unserer Lohnrevidierung statt. Der Vorstand Zentralverband der Zimmerer Deutschlands, Zahlstelle Berlin u. Umg. Engel-Ufer 13, 3. J. A. W. Kopschläger, J. Wellnow, Kassierer.

Ein arbeiterfreundlicher Unternehmer ist der Inhaber der Firma Feinmechanik Wassertrorstraße 5, Anstalt Lohnrevidierung, Lohnabbau. Die Verhandlung mit der Organisationsleitung wurde abgelehnt. Daraus legten die Kollegen eine mütige Arbeit nieder. Nur der Mechanikerangestellte G. Rajewski blieb zurück und fertigt jetzt die Arbeiten der Streikenden an. — Gleichzeitig verläßt die Firma, nun die Maschinen abzubauen, wir werden das verhindern und bitten besonders die Kollegen Transportarbeiter um Unterstützung. — Die Streikleitung.

Tapagierer! Eine prächtige Firma ist die Ledermöbelwerkstatt Mattisch, Brangelstraße 56. Der Inhaber hat, nach dem einer der Kollegen einen ihm zuteilenden Stundenlohn forderte, verprügelt. Außerdem zahlt die Firma den Tarifzuschlag nicht und hat nach ihrem eigenen Gutdünken Afford eingeführt. Zum Verhandeln ist der Herr nicht bereit. Deshalb ist die Sperre über die Firma verhängt.

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter. Wir erfordern die Kollegenhaft, umgehend Anträge zur Veränderung des Ortsstatuts auf dem Bureau zu Händen der Statutenberatsungskommission einzureichen. Die Ortsverwaltung.

Gewerkschaftskollegen! Die Affordarbeiter der Firma Raffel Schwarzkopf, Wildau, Kreis Teltow, stehen in Lohnunterschieden. Arbeitslose Kollegen erhalten Information im Lokal „Grüner Baum“ in Wildau.

Jugendbewegung

S. P. J. Reinickendorfer-Wald, Volkshaus, Schwanenstraße 114-115. Montag, Mittwoch, Freitag: Vorbereitung zum Elternabend. Sonntag: Spielabend.

Arbeitersport

Berliner Schwimmverein „Welle“. Übungsstunden jeden Freitag von 7 bis 8 1/2 Uhr in der großen Schwimmhalle der Fabrikhallen an der Schillingstraße. Freie Turnerschaft Schöneberg-Berlin. Bezirk Norden. Sonnabend: Turnabend und Kostümbewertung, Schönebergstr. 108. Sonntag: Turnen der Weiblichen Turnhalle Strasse, 1/10 Uhr vorm. — Bezirk Schöneberg. Sonntag: 3. Turnabend nach Hiltensberg, 1.10 Uhr Abf. Kapelle. — Fußballturnier: Westfälischer gegen Hiltensberg 1. Platz an der Hiltensbergstr. — Bezirk Reinickendorf. Männerabteilung nach Hiltensberg-Sum. Abfahrt 6.30 Uhr Abf. Reinickendorf.

Parteiveranstaltungen

Charlottenburg. Einmalige Kellnersitzung werden ersucht, betagendes Material abzugeben bei Van Kochig. Rispowerstraße 6.

Freitag, 23. September
12. Sitzung (Schuldenwesen), 1. Abteilung. Abends 7 Uhr Funktionärskonferenz bei Reichs. Franzheimers Straße 8.
Steglig. Die angelegte Sitzung der Agitationskommission (Kt) aus. Kt-Sitzung nächsten Freitag.
Ependf. Abends 7 Uhr Sitzung sämtlicher Funktionäre bei Ependf. Ependf. 2.

Sonnabend, 24. September
16. Sitzung. 7 Uhr Agitationskommission bei Schulz, Komminers Straße 34. Erscheinen aller Mitglieder und Kommissarien dringend erforderlich. Genossen, welche sich an der Vorbereitung in auch-Wegis beteiligen wollen, sind eingeladen. Schöneberg. Abends 7 Uhr gemeinsame Sitzung der Kommunalen Kommission mit den Agitationsarbeitern im Rathaus, Zimmer 1.

Bereinskalender

Freitag, 23. September
Proletarischer Gesundheitsklub. Abends 7 Uhr Vorberathung im Lokal Ependf. 20.

Sonnabend, 24. September

Deutscher Verkehrsband. Abteilung Voh. Leleg. und Fernsprecherpersonal. Abends 6 Uhr Funktionäre, Betriebsrat und Vertretungsleiter (Komm. Voh. dienstellen) vom D. P. D. Bezirk Berlin im Gewerkschaftshaus, Berlin O. C. 16, Engel-Ufer 25, Saal 1, Sitzung.

Preis-Versteigerung. Abends 7 Uhr, Rathaus, Zimmer 108, Geschäfts-Sitzung. Tagesordnung: Auftr. Vertretung in Braunshweig.
Wand der Kriegsverletzten, Witwen und Waisen des Tschechoslowakischen Republik, Ortsgruppe Berlin. Abends 7 Uhr in den Coppenhagen, Berlin C. Coppenhagenstr. 18, Wohltätigkeitsfest zugunsten der Witwen und Waisen. Eintrittskarten an der Abendkasse 3.70 M. inkl. Steuer.

Mieterversammlung. Abends 7 Uhr. Das Problem der Gemeinnützigkeit im Wohnungswesen wird in einem Vortrag behandelt werden, den Rechtsanwalt P. Langer in einer vom Mieterbund Berlin-Steglig organisierten öffentlichen Versammlung, 8 Uhr abends, in der Sala der Oberkasseler (Ependf.) halten wird. Auch die Bedeutung der Stadt- und Bezirksverordnetenmandate für die Mieterbewegung wird behandelt werden. Die Führer der Stegliger Ortsgruppen der politischen Parteien sind eingeladen.

Reinickendorfer für Politik und Sozialisten: Leo Dieblich, Berlin-Grünau; für Kommunalpolitik, Lokales und Gewerkschaftliches: H. Rudner, Berlin; für den Interzonalen und nationalistische Mitteilungen: Lubowitsch, Rometz, Charlottenburg; — Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Berliner Drucker G. m. b. H., Berlin C. 2, Breite Straße 8-9.

Krenz, Alaska, Silber, Zobel, Rotfuchs
Kannend billig u. 300 M. an
Skunks-Garn. billig
Pelzfutter
1. Dam. u. Herren, 250 M. an
Felle f. Besatz
am. Op. 65, austr. Op. 110,
Seal U. 25, Silberfelle 45 M. a.
Hamsterfelle
1. Sportpelz, sehr preiswert
Pelzwarenhans
A. Klab & Co.
Neuenhauer Str. 40/41
am Friedrichs Markt
Altmetalle
unveränderbare Preise jeden
Bodestraße 34, Hof.
Geld
Für jede Verische. Höchste Ankaufpreise für Goldschmied, Brillanten, Goldgegenstände, Tropfen, Wäcker um. Wolff, Friedrichstr. 41, III. Eder-Rochstr.
Knechtendr. nachts unerträglich
juckende Haut-
auschläge u. wässrigen Bläschen
und kleinen roten Punkten ver-
schwinden i. wenigen Tagen durch
Reichel's Krebbschmalz, 1.50
Dose Reichel, Berlin 46,
60 Eisenbahnstraße 4.



Ausser Konzern.

Qualitätsware seit 34 Jahren. Achten Sie auf nebensiehende Schutzmarke.

Bergisch-Markische Margarine-Werke
F.A. Jssersiedl A.K.G.
Elberfeld und Berlin-Pichelsdorf

Gewaschen mit
Dixin
Ausser Konzern.
Henkel's Seifenpulver

